## Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

6. Legislaturperiode. 4. Session.

20. Sitzung vom 13. Jan.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär v. Boetticher und Dr. Jacobi, Generalleutnant v. Hänisch, Majore Haberling und v. Schlieben, Freiherr v. Marschall (Baden) u. a.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Minuten

Das Haus ist dicht, die Tribünen nicht so stark besetzt wie in den vorigen Sitzungen.

Die Diskussion über die Militärvorlage wird heute fortgesetzt durch

Abg. General-Feldmarschall Graf v. Moltke: Nur eine kurze Bemerkung. Es scheint, daß die wenigen Worte, welche ich in der Sitzung vom 11. Januar gesprochen habe, eine verschiedene Auffassung gefunden haben. Ich habe meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß keine von den größeren Parteien hier im Hause der Regierung verweigern will, was sie zur Vertheidigung des Landes als nöthig verlangt, und daß sonach nur noch die Zeitfrage in Betracht komme. Diese Aeußerung gründet sich auf die Erklärung des Führers der zahlreichsten Partei im Hause, welcher erklärte, daß diese Partei bereit sei, den letzten Mann und Groschen zu bewilligen; dann aber habe ich, nach Ausweis des stenographischen Berichts, sogleich hinzugefügt, daß die Bewilligung auf kurze Zeit, auf ein, auf drei Jahre, uns nichts nütze (Hört! Hört! rechts), daß neue Formationen erst im langen Laufe der Jahre wirksam werden, daß die Stabilität und Dauer die Grundlage aller militärischen Organisationen bilde. Es kann also nicht zweifelhaft sein, daß ich in der Ansicht bin, daß mindestens eine siebenjährige Dauer nothwendig ist. (Bravo rechts.)

Abg. v. d. Decken (Welfe): Wir stehen der Regierungsvorlage keineswegs ablehnend in unserer großen Majorität gegenüber. Warum wir aber das Septennat ablehnen, hat mein politischer Freund (der Abg. Windthorst) in durchaus erschöpfender Weise begründet. Wir hätten nur gewünscht, daß zu der Sache ein anderer Moment als der jetzige dagewesen wäre, aber der jetzige ist dazu ein sehr unglücklicher. Die Sache ist mit der augenblicklichen politischen Lage sehr verquickt. Wenn wir vorläufig für längere Zeit die Regierungsvorlage, was die Ziffer anbetrifft, auf die Dauer ablehnen, so sind es eben nur unsere speziellen Gründe. M. H., wenn meine politischen Freunde und ich nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers von vorgestern aus parlamentarischen Gründen nicht in der Lage waren, der Regierungsvorlage weiter entgegenzukommen, so sind das eben unsere Gründe, aber erheblich andere wie diejenigen der sogenannten nationalen Parteien. Wir beklagen gerade in dem Militarismus ein Institut, welches auf die Dauer unser deutsches Volk nicht ertragen kann. Wenn auch hier Frankreich vielfach angezogen worden ist, so müssen Sie doch nicht vergessen, daß sich eben Frankreich in einer glücklicheren finanziellen Lage als Deutschland befindet. Nichtsdestoweniger sind meine politischen Freunde und ich der Militärvorlage keineswegs abgeneigt. Auch ich habe die äußere Lage als eine drohende erkannt, aber ich mache den verbündeten Regierungen daraus einen Vorwurf, daß sie uns nicht einen tieferen Einblick in die politische Lage, die zur Vorlage nöthigt, gestattet haben, was wir doch als Abgeordnete verlangen müssen und wonach es unsere Pflicht ist, zu fragen. Die äußere Lage ist also eine drohende und hat gestern auch ein Mitglied der nationalen Parteien, der Graf Bohr, dieselbe Anschauung zum Ausdruck gebracht. Ich sehe diese Nothlage voll ein, um der Regierung die gesammte Ziffer bewilligen zu müssen. Der Herr Reichskanzler hat sich in seiner vorgestrigen Rede einiger Worte erinnert, die ich vor zwei Jahren hier gesprochen habe in Bezug auf die Lösung der hannöverschen Frage auf gesetzlichem Wege. Der Herr Reichskanzler hat mich dabei heftig angegriffen. Ist es gerechtfertigt, in einem Augenblick, wo wir vor drohenden äußeren Gefahren stehen, uns in einer Weise hinzustellen, die unsere Vaterlandsliebe in das zweifelhafteste Licht setzt? Die Vorwürfe des Herrn Reichskanzlers gegen uns sind ganz ungerechtfertigt, insofern sie unsere Partei mit Vorkommnissen, die vor 1866 liegen, in Verbindung bringen, sie sind um so ungerechtfertigter, als diese Vorkommnisse zu einer Zeit sich abspielten, wo Oesterreich den Kampf um die Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1866 noch keineswegs aufgegeben hatte. Die vorgestrigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über die auswärtigen Verhältnisse stehen mit denjenigen, die er 1884 gethan hat, durchaus in Widerspruch. Als damals der Abg. Dr. Windthorst sorgenvolle Blicke in die Zukunft warf, sagte der Reichskanzler: „Fremde ringsum!" er sah nur befreundete Regierungen; insbesondere wurde dabei auch Frankreichs gedacht. Welche Umstände haben sich innerhalb des kurzen Zeitraums von zwei Jahren zugetragen, die den Herrn Reichskanzler zu den gerade entgegengesetzten Anschauungen gebracht haben? Die äußere Lage ist bedrohlich, wenn auch nur von der einen Seite Gefahren bevorstehen, und wir im entscheidenden Augenblick keinen zuverlässigen Bundesgenossen haben. Man spricht von der Freundschaft mit Oesterreich zur dauernden Sicherheit unseres Vaterlandes reicht das nicht aus. Wir müssen mehr haben. Das Deutschthum in Oesterreich kämpft einen Vernichtungskampf ums Dasein; unter diesen Umständen ist ein wirksames Bündniß mit Oesterreich nicht zu schließen und doch ist ein gut organisirtes Bündniß mit Oesterreich die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden. Das Deutsche ist eben auf Eroberungen ausgegangen. Soll es besser werden, so muß mit dem Grundsatz der Annexionen gebrochen werden, die auch im Frieden getrieben werden, wie der „Feldzug" gegen Polen beweist. Es kommt nicht darauf an, daß das Königreich Hannover wiederhergestellt werde, sondern mit den bisher befolgten Grundsätzen aufzuräumen.

Abg. Richter (dfr.) weist den Auslassungen des Reichskanzlers gegenüber, über die heterogene Zusammensetzung der Majorität, nach, daß die den Kanzler jetzt unterstützenden Nationalliberalen ihrerzeit ebensalls mit allen möglichen Parteien, auch mit Sozialdemokraten, zusammengegangen sind. Er verliest eine Aeußerung Twestens aus der Zeit der Trennung der Nationalliberalen von der Fortschrittspartei und weist nach, wie jene diese im Stich gelassen haben. Würde Twesten heute auferstehen, würde er allerdings von der Partei, der er angehörte, nichts mehr übrig finden als den Namen. Auch der Reichskanzler hat zu Zeiten den Sozialdemokraten ein recht freundliches Gesicht gemacht, den Reichskanzler hat der „heterogene" Charakter der Parteien nicht zurückgeschreckt, sich ihrer zu bedienen. Er nimmt die Mehrheit, wo er sie findet (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler sagte, wenn er Windthorst nennt, sei Richter mit gemeint. Ich wünschte, es wäre so, daß die Centrumspartei dieselbe Richtung vertrete wie die meine. Ich muß sagen, daß umgekehrt da, wo Fürst Bismarck glaubt, die größeren Erfolge erzielt zu haben, die Centrumspartei stets auf seiner Seite gewesen ist. Wenn er sich rühmt, die Schutzpolitik durchgeführt, die neue Sozialpolitik eingeleitet, die Gewerbefreiheit eingeschränkt zu haben, so ist an diesem Ruhm der Abg. Windthorst mitbetheiligt. (Sehr richtig! links.) Von den Beschimpfungen des Reichskanzlers in der unabhängigen Presse bei Gelegenheit der bulgarischen Affaire ist mir nichts bekannt, — kein Strafantrag ist aus diesem Grunde gestellt worden. Gerade die offiziöse Presse hat geschimpft! (Mit erhobener Stimme): Was damals empörte, war, daß diese Presse fast applaudirte zu dem Schurkenstreich von Sofia. (Beifall links.) Ein Fürst, ein Deutscher, wurde bei Nacht gefangen genommen und die offiziöse Presse hielt das für eine Wendung zum Besseren, das hat empört. (Beifall.) Auch bei dieser Gelegenheit hat man mich immer mit Herrn Windthorst zusammen genannt. Windthorst-Richter, wie in einem Bilderbuch für artige Kinder: Max und Moritz! (Heiterkeit.) Wenn es uns nichts angeht, wer in Bulgarien regiert, dann hätte die unabhängige Presse nicht nöthig gehabt, so uns Zeug zu geben, und Fürst Bismarck hätte durch seine Note im September der bulgarischen Justiz zugunsten der Verbrecher von Sofia nicht in die Arme zu fallen brauchen. Im russischen Auslieferungsvertrage, der uns im letzten Jahre vorgelegt wurde, verlangt man gerade die Auslieferung solcher Verbrecher. Was die Möglichkeit eines Krieges betrifft, so hat zwar der Reichskanzler einen deutsch-französischen Krieg an die Wand gemalt, aber ich glaube, wenn die Wahrscheinlichkeit eines Krieges vorhanden wäre, dann würde kein Reichskanzler der Welt es wagen, in solchem Moment den Reichstag aufzulösen. Oder ist jenes Andiewandmalen nur ein Rezept für den bevorstehenden Wahlkampf? Auch nach unserer Meinung ist die politische Lage eine ernste, aber wenn eine unmittelbare Gefahr vorhanden wäre, so würde kein Reichskanzler die Verantwortung übernehmen, in diesem Augenblicke den Reichstag aufzulösen. Eine besondere Eigenschaft des Reichskanzlers ist es, deutsche Volksvertreter vor dem deutschen Volke herabzusetzen, das würde kein anderer Kanzler der Welt wagen dürfen! Wir sind daran so gewöhnt, daß dabei kaum eine Aeußerung des Unwillens laut wird. Andere Volksvertretungen werden uns als Muster vorgehalten, und doch ist in keinem Parlament eine so schwerwiegende Vorlage gemacht worden wie hier uns. In Oesterreich und Italien handelt es sich um Waffenverbesserungen. In Oesterreich hat man die umfassendsten Untersuchungen über die auswärtige Lage bei diesen Fragen angestellt. Man hat den auswärtigen Minister in die „Marterkammer" der Kommission gerufen, wir hier in Deutschland haben nicht einmal das Verlangen ausgesprochen den Sohn des Herrn Reichskanzlers, der doch den Titel „Staatssekretär des Auswärtigen" führt, hier am Bundesrathstische zu sehen. Die Kreuzztg., ein in militärischen Dingen gut unterrichtetes Blatt, rühmt die Bewaffnung der Armee. „Dank der vorzüglichen Leitung des Heeres" ist unsere Armee in gutem Zustande, aber auch Dank des Reichstages. (Widerspruch rechts, Beifall links.) Er ist noch jeder Reichstag so patriotisch gewesen, die Mittel zur Armee zu bewilligen. (Lebhafter Beifall links, Widerspruch rechts. Obwohl der Redner mit erhöhter Stimme gesprochen, ertönt rechts der ironische Ruf: Lauter!) Sobald eine dringende auswärtige Gefahr an uns herantreten würde, würden alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, ohne Diskussion die Forderungen der Regierung bewilligen. Wenn der Reichskanzler sagt, in einem andern Lande würde es nicht vorkommen, daß man sage: Keinen Groschen, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht, so muß ich sagen, diese Aeußerung ist auch in Preußen nie gefallen. Wenn Viele in Preußen dem Kriege 1866 mit Besorgniß und Kummer entgegensahen, so gereicht ihnen das nur zur Ehre. Es wird uns vorgehalten, daß das französische Parlament die zur Vertheidigung des Landes nöthigen Summen alle ohne Diskussion bewillige. Das ist aber nicht wahr! Die französische Kammer beschäftigt sich mit den Forderungen Boulangers schon seit sechs Monaten. (Hört!) Die Franzosen bedenken aber den Ausdruck solcher Meinungsverschiedenheiten wie bei uns, weil der Kriegsminister von vornherein mit seiner Vorlage Rücksicht auf die Stimmung des Landes nimmt. Außerdem wird drüben mit der Verstärkung des Heeres keine Erhöhung des Budgets verbunden, weil mit der erhöhten Einstellung der Rekruten eine eben so starke Entlassung anderer Soldaten verbunden ist. Im Sommer ist die Ziffer des französischen Heeres allerdings um 41,000 Mann höher, im Winter aber ebensoviel niedriger. Hätte der Kriegsminister die erhöhten Ausgaben auf irgendeine Art auszugleichen gesucht, niemals würde sich eine Opposition gegen die vermehrte Rekrutenaushebung erhoben haben. Der Herr Reichskanzler hat von einer polnischen Majorität gesprochen. Was aber der Reichstag in der polnischen Frage beschlossen hat, hat er beschlossen nicht im polnischen, sondern im deutschen Interesse, um die russischen Repressalien gegen die deutschen Ausweisungen abzuwenden. Man hat kein Recht, unsere Abstimmung als im polnischen Interesse abgegeben hinzustellen. Ist es ein Wunder, daß in anderen Ländern die Presse so verächtlich von den Deutschen, vom Deutschen Reichstage spricht, wenn es der Reichskanzler selber thut? Daß nicht alle offiziösen Blätter des Auslandes mit dem Reichskanzler übereinstimmen, sucht Redner durch Verlesung eines Artikels der Neuen Freien Presse darzuthun. Auch wir, so fährt er fort, sind jetzt bereit, gleich dem Centrum jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen. Wir wollen dann sehen, ob der Reichskanzler die Mehrbewilligung von 43,000 Mann auf den Haß der Parteien gegen das Vaterland zurückführen kann. Ich bin dem Abg. Grafen Moltke sehr dankbar für die werthvolle, aus der sozialistischen Ehrlichkeit geflossene Anerkennung der Bereitwilligkeit unserer Partei, die Forderungen der Regierung zu bewilligen. Ueber die Zeitdauer hat er sich freilich weniger zurückhaltend ausgesprochen. Es lag keineswegs Mißverständniß darüber vor und seine heutige Erklärung war eigentlich überflüssig. Hätte der Herr Reichskanzler beabsichtigt, daß ihm gar nichts bewilligt würde, so hätte er provozirender gegen den Reichstag auch nicht sprechen können! (Sehr richtig! links.) Man hat von der Parlaments-Marine gesprochen! Wo sind denn die Gefahren eines solchen Zustandes? Der Herr Reichskanzler will sich auf unsere Liebenswürdigkeit zu Wasser nicht einlassen, denn wir seien hier zu Lande. Der Herr Reichskanzler scheint nicht zu wissen, daß schon jetzt militärische Formationen zu Lande bestehen, die von dem Parlament jährlich ebenso wie bei der Marine bewilligt werden. Beim Herrn Reichskanzler wundert mich das nicht so sehr wie beim Herrn Kriegsminister, der doch in der Kommission selbst erklärt hat, daß er für die Eisenbahncompagnien, für den Train und die Pioniere selbst gar nichts Anderes verlangt. Und die Eisenbahnen fahren doch zu Lande! (Heiterkeit links.) Alles ist hierbei auf die budgetmäßige Bewilligung gestellt. Das sind alles parlamentarische Formationen. Aber weiter! Ihr Generalstab? Er richtet sich nach der jährlichen Festsetzung. Hat jemand da wohl geglaubt, daß wir keinen kaiserlichen Generalstab haben? (Heiterkeit links und im Centrum.) Daß der Chef des Generalstabes die Herren Windthorst, Richter, Grüllenberger sei? (Große Heiterkeit links und im Centrum.) Der Herr Kriegsminister sieht mich dabei verwundert an? Ist er nicht selbst in seiner Existenz gesetzlich fixirt? Man hat nicht einmal kaiserliche Minister mehr, das sind alles Minister der Herren Windthorst, Richter, Grüllenberger. (Heiterkeit.) Das sind Gespenster, denen muß man ins Gesicht leuchten und das Gespenst verschwindet. (Beifall links.) Die Regierung soll das Kompromiß gehalten haben. Wie können Sie sich darauf berufen? Die Regierung hat das Kompromiß nicht gehalten, entgegen dem bestehenden Vertrag wird jetzt schon ein neues Septennat gefordert. Der Abg. Richter bezieht sich auf die Rede des Reichskanzlers, in welcher derselbe ausführte, wir dürfen auch nicht 10 Minuten wehlos sein. Hierauf verliest Redner Stellen aus der Konservativen Korrespondenz und anderen konservativen Blättern, um darzuthun, welche Stellung die Konservativen früher zu der 3½- oder 7jährigen Dauer genommen hatten. Er sagt: Ehe die Herren von der konservativen Presse wußten, was die Regierung will, waren sie noch ganz unserer Meinung, und jetzt sind sie entrüstet über unsere Stellung zur Sache. (Große Heiterkeit links.) Die Redaktion der National-Zeitung spricht damals wörtlich: „Wir bitten doch die konservativen Zeitungen, nicht so unvorsichtig mit ihren Aeußerungen zu sein, sie wissen ja noch gar nicht, wo die Regierung hinaus will." Nachdem der Reichskanzler geäußert hat, es handelt sich um

## Das Provinzial-Museum zu Halle.

Nachdem durch die siegreichen Feldzüge von 1870/71 unter der glorreichen Führung Sr. Majestät unsers geliebten Kaisers Deutschlands Einheit erzielt und das deutsche Nationalgefühl wieder erstarkt war, richtete sich in vielen Gegenden unseres Vaterlandes der Blick mit besonderem Interesse und mit warmer Theilnahme auf die Vergangenheit desselben und unter den Segnungen des mit dem theuren Blute unserer tapferen deutschen Krieger errungenen Friedens konnte sich, wie alle Wissenschaften, auch die Alterthumskunde zu erneuten hochbedeutsamen Forschungen erheben. So hat sich denn aus dem Volke heraus in manchen deutschen Städten das anerkennenswerthe Bestreben gezeigt, die heimischen Alterthümer zu sammeln, dieselben als sachliche Belegstücke für die Landesgeschichte, für die Lebensverhältnisse, Sitten, Gebräuche und Kunstbestrebungen unserer Altvorderen in Museen angemessen aufzustellen, um sie den sich dafür Interessirenden zur Anschauung zu bringen und sie zugleich der Wissenschaft zugänglich zu machen, um aber auch durch dieselben den vaterländischen Sinn zu erwecken und zu beleben. Und welchen Deutschen, der freudig und stolz auf die Ereignisse zurückblickt, welche unser Vaterland einigten und ihm eine so machtvolle Stellung unter den Völkern errangen, sollte es nicht freuen und interessiren, die alten Waffen von Stein, Bronze und Eisen zu sehen, mit welchen einst unsere Vorfahren ihren Feinden gen Ost und West getrotzt haben? Welche deutsche Hausfrau würde nicht gern einmal die Töpfe besichtigen, in denen in ältester und alter Zeit das Mahl bereitet wurde, oder die Schmucksachen von Stein und Knochen, von Horn und Muschelschalen von Bronze, Eisen und sogar von Gold zu betrachten, mit denen sich die Frauen der Vorzeit geschmückt haben? Welches große Interesse gewähren nicht die in vorgeschichtlichen Gräbern aufgefundenen Gegenstände, namentlich Urnen und Schalen von Thon mit eingedrückten und eingeritzten Verzierungen, die uns den Beweis geben, daß die Deutschen bereits in heidnischer Zeit ihre Todten mit größter Pietät beerdigten?

So erfreulich es nun auch ist, daß der Sinn für die heimathliche Alterthumskunde sich in den letzten Jahrzehnten wieder wesentlich gehoben hat, und daß namentlich auch in manchen Orten in der Provinz Sachsen Alterthumssammlungen entstanden sind, so sind diese doch vielfach zersteut und vereinzelt, und wird es dadurch vielen sich dafür Interessirenden unmöglich, dieselben in Augenschein zu nehmen. Darum ist es nicht genug anzuerkennen, daß der Landes-Direktor, Herr Graf von Wintzingerode im Verein mit der Historischen Kommission der Provinz Sachsen, im Centrum der letzteren, in der Universitätsstadt Halle, ein Museum für heimathliche Geschichte und Alterthumskunde begründete, und daß der Provinzial-Landtag dazu in bereitwilligster Weise die Mittel bewilligte.

Die Sammlungen des Provinzial-Museums, welche sich in der ehemaligen Residenz, Domgasse 5/6, befinden, sind theils durch Geschenke und Ankäufe, theils durch die vom Thüringisch-Sächsischen Alterthums-Vereine überwiesenen Alterthümer schon recht umfangreich geworden, auch sind alle Landestheile, aus denen sich die Provinz Sachsen zusammensetzt, schon mehr oder weniger darin vertreten. Recht erfreulich ist es, daß das Interesse für das Provinzial-Museum mehr und mehr zu wachsen scheint, denn im letztverflossenen Jahre hat sich nicht nur die Zahl der Besucher desselben vermehrt, sondern es haben auch die Sammlungen durch eine größere Zahl von interessanten Alterthümern, welche, wie nicht dankbar genug anerkannt werden kann, in freundlichster und entgegenkommendster Weise von Geschenkgebern aus verschiedenen Gegenden der Provinz dem Museum übermittelt wurden, einen erheblichen Zuwachs erhalten.

Alle Bewohner der Provinz Sachsen, welche ihr Weg nach Halle führen sollte, werden zu einer Besichtigung des Provinzial-Museums freundlichst eingeladen, aber es wird auch im Interesse der Sache gebeten, demselben etwaige Alterthumsgegenstände geschenkweise oder käuflich zu überlassen. Denn diese Gegenstände im Besitze eines Einzelnen vorkommen häufig und sind für die Alterthumskunde nutzlos, während sie, in einem Museum vereinigt, sorgfältig aufbewahrt und den Beschauern zugänglich gemacht werden, zugleich aber auch den Bestrebungen der Wissenschaft dienen. Die Museums-Verwaltung ist auch bereit, Alterthumsgegenstände unter ausdrücklicher Anerkennung des Eigenthumsrechtes der betreffenden Besitzer in Empfang zu nehmen und angemessen aufzustellen, sowie die Kosten für die Verpackung und den Transport von Alterthümern nach Halle zu tragen.

Den bisherigen geehrten Geschenkgebern dankt die Museums-Verwaltung aufs verbindlichste für ihre Beweise freundlichen Entgegenkommens und thatkräftiger Unterstützung und fügt, wie dies bereits vordem gelegentlich früherer Veröffentlichungen geschehen ist, ein Verzeichniß der seit dem 1. September d. J. geschenkweise übermittelten Alterthümer nebst den Namen der gütigen Spender derselben diesen Mittheilungen bei.

### Verzeichniß
### der seit dem 1. September 1886 dem Provinzial-Museum geschenkten Alterthumsgegenstände.

1. Herr Gymnasiast Edwin Jung in Halle: Neun alte Silber- und achtzehn alte Kupfermünzen.
2. Herr Lerche in Lettin: Eine alte Silbermünze.
3. Herr Privatlehrer Franz Maultzsch in Naumburg: Eine alterthümliche mit Bildern und verzierte Bibel vom Jahre 1702 in zwei in Leder gebundenen Quartbänden.
4. Herr Photogr. Herrfurth in Merseburg: Zwei photographische Ansichten vorgeschichtlicher Gräber, welche bei Rossen, Kreis Merseburg, 1886 ausgegraben worden sind.
5. Herr Bureauvorsteher H. Eichenfeld in Halle: Eine kirchliche Denkmünze von Kupfer, vergoldet.
6. Herr Grubenfeiger A. Claus in Nietleben: Ein alterthümlicher Gewürzmörser von Holz, mit Schnitzereien reich verziert, vom Jahre 1747, gefunden beim Umbau eines Hauses in Blankenheim Kreis Sangerhausen; ein Steinmeißel, gefunden im Weidloos der Blankenheimer Flur Kreis Sangerhausen.
7. Herr Landwirth Fricke in Helfta, Mansfelder Seekreis: Drei Steinmeißel, drei Feuersteinmesser, zwölf Spinnwirtel von gebranntem Thon, gefunden auf der Flur von Helfta.
8. Herr Eisenbahn-Bauinspektor Nitschmann in Halle: Die Klinge eines Meßers von Bronze, gefunden im Abraum einer Kohlengrube bei Zwintschöna im Saalkreise; ein verzierter Urnenscherben und das Bruchstück eines Geräths von gebranntem Thon, gefunden bei Dieskau im Saalkreise.
9. Herr Gasthofpächter Karl Schandler in Frankleben, Kreis Merseburg: Fünf eigenartig gestaltete, reichverzierte Hals-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870115020/fragment/page=0001

Recht und Kragen, keinen Augenblick darf das Deutsche Reich so lose bleiben, stellt er gleichzeitig im Ausblick dar, wenn wir nicht einwilligen, daß Kopf des Reichstages allein entscheidet. Das ist eine falsche Theorie! [illegible] es steht gar nicht in Frage, ob wir im Kriegsfalle hunderttausend Mann mehr haben, sondern es handelt sich nur um eine größere Ausbildung für den Frieden, also auch hier ist der Vergleich mit dem Besitz von Metz nicht richtig. Nach unseren Anträgen handelt es sich einfach darum, ob nach drei Jahren 4–5 Mann per Compagnie nach zweijähriger Dienstzeit mehr entlassen werden als bisher. Das ist die Streitfrage, wegen deren der Deutsche Reichstag aufgelöst werden soll. Es handelt sich nur um eine bescheidene Nachsichtnahme auf die Bedürfnisse des Landes. Der Herr Reichskanzler hat einen Schluß von der Höhe der Sparkassenanlagen auf den Wohlstand des Landes gezogen. Er scheint keine Ahnung von der Praxis der Wohlhabenderen zu haben, die, um größere Summen einlegen zu können, ihre Kinder und alle Familienglieder mit Sparkassenbüchern versehen. Die Unsicherheit der Minister Kapitalsanlage ist es, die bereits fertig gebildetes Kapital in die Sparkassen treibt, so daß diese keinen Schluß auf den Landes wohlstand, sondern nur auf die Sicherheit der Kapitalsanlage zulassen. Sie sehen also, daß wir auch mit unseren beschränkten Unterthanenverstande es verstehen, dem Reichskanzler Irrthümer nachzuweisen. Er kann daher nicht beanspruchen, daß wir uns einfach seiner höheren Weisheit beugen. Auch bei der Autorität des Friedensministers haben wir im konstitutionellen Staate die Vorlagen zu prüfen. Wenn er sagt, er verstehe die Sache besser als wir, so kann auch der Finanzminister in seinem Ressort dasselbe sagen, und der Reichstag, das überflüssige Ding, wäre nur der Mann. Die Politik des Reichskanzlers ist die Politik des „Macht geht vor Recht", nur verhüllt durch die von ihm erfundene Lückentheorie. Es ist eine Politik des Mißtrauens gegen das Volk selbst, denn die Auflösung ist ein Mißtrauensvotum gegen das Volk. (Sehr richtig! links.) Seine Politik entspringt allen absolutistischen Anschauungen, die heute gar nicht mehr haltbar sind. Der Reichstag ist nach den Ansichtungen des Herrn Reichskanzlers eigentlich nur aus einer Verlegenheit entstanden. Nein! Der Reichstag ist aus unserer Nothwendigkeit entstanden, er ist ein Fundament der deutschen Einheit. (Beifall links.) Wir sollen nur das Ornament der Regierung abgeben, je nach dem Willen des Reichskanzlers bald mehr gothisch, bald mehr byzantinisch zugestutzt. (Heiterkeit.) Nach dem Ideal des Reichskanzlers soll der Reichstag nur eine Geldbewilligungs-Maschine sein. — Der eigentliche Zweck der Auflösung ist: Nur mehr Geld! und die Bewilligung der nur für jetzt zurückgelegten Monopolpläne. Das ist — um mit dem Herrn Reichskanzler selbst zu sprechen — der Trieb der aus dem Spiele herauskommen soll. Man will in den bevorstehenden Wahlkampf die Person des Kaisers hineinziehen. Wie die Standarte des Kaisers in den Wahlkampf hineinzieht, der trägt nicht zur Kräftigung des deutschen Kaiserthums bei. Die Erfahrung in Frankreich muß den Plebiszitern bestätigt das. Sollte auch für den Augenblick eine Wirkung damit erzielt werden, wir werden den Kampf nicht scheuen und auch ferner unsere Ueberzeugung vertreten. Wie es vielleicht den Ansichten hat, wird der Herr Reichskanzler auf der heutigen Grundlage seines politischen Systems auch für die nächste Zukunft weiterthronen. Wir aber, meine Herren, wollen alle unsere Kraft aufbieten, um unsere Ueberzeugung fest zu halten, und wir bleiben bei der Ueberzeugung, daß die Zukunft in nicht allzuferne Zeit uns gehören wird, und darin werden wir auch in einem neuen Reichstage ausharren. (Stürmisches Bravo links.)

Während dieser Rede: ist Prinz Wilhelm in der Loge und am Bundesrathstische der Minister Bronsart v. Schellendorff, Dr. v. Goßler, Dr. Lucius, v. Puttkamer, der Staatssekretär Graf Herbert v. Bismarck und der Geh. Ober-Regierungsrath Rottenburg erschienen. Die Equipage des Reichskanzlers rollte (im Saale hörbar) gegen 1½ Uhr durch das Portal des Reichstagsgebäudes, der Fürst betrat kurz darauf den Saal.

Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.): Ich weiß nicht, ob der Herr Reichskanzler Veranlassung haben wird, sich über seine auswärtige Politik mit der Abg. Richter auseinander zu setzen. Ich bin aber überzeugt, daß das deutsche Volk aus den Auseinandersetzungen des Herrn Reichskanzlers die Ueberzeugung von dem gewonnen haben wird, was Noth thut. Der Redner meint u. a., es sei recht schwer, nach einem so rhetorischen Brillantfeuerwerk, wie es der Abg. Richter vorbrachte, noch fesselnd zu sprechen. „Es giebt im deutschen Volke Männer, die unbedingt bewilligen, was der Kanzler will"; m. H., dieser Standpunkt ist nicht neu, aber wir wissen Alle, es sein Früheren, welche Bedeutung dieser Satz bei den Wahlen hat. Wir haben bei der ersten Lesung gehört, wie Graf Moltke und der Kriegsminister sich über die Vorlage aussprachen. Ich glaube, daß es uns niemals gelingen wird, die Berechtigung einer Regierungsvorlage zu voll und ganz auszusprechen wie im vorliegenden Falle. Gestatten Sie mir, mit kurzen Worten auf die Entwickelung des Septennats zurückgehen. 1874 hat der Abg. Windthorst nicht allein das Septennat, sondern sogar das Aeternat befürwortet. (Hört!) 1880 war auch die Opposition nicht so hartnäckig wie jetzt. Die Volksvertretung ist in erster Linie die Frage prüfen, was bei Bewilligung für die Nation auf dem Spiele steht. Unser Landheer hat für die Sicherheit des Landes eine ganz andere Bedeutung als die Marine, jetzt sich also mit derselben nicht vergleichen. Für den Abg. Windthorst ist allein die Frage nach der Deckung der Mittel maßgebend. Zu welchen Konsequenzen kommen wir bei dieser Ansicht? Wie wird die Stimmung über drei Jahre sein? Ich halte es nicht für richtig, daß wir der Regierung Vorschriften machen, wie sie ihre Steuern und die Deckung für die Ausgaben der Vorlage gestalten will. Diese wichtige Frage in den Wahlversammlungen in einer so nüchternen Weise gewissermaßen als Magenfrage zu behandeln, halte ich nicht für würdig. Ich halte es für einen Fehler, wenn man die Organisation der Armee zu einer Machtfrage zwischen Regierung und Parlament gestaltet. In dieser Frage hätte auch der Abg. Richter der Regierung folgen sollen. Im Interesse der Sicherheit des europäischen Friedens, der Sicherheit unserer Landesgrenzen und der ruhigen Fortentwickelung unserer inneren Verhältnisse bitte ich Sie, die Vorlage unverändert anzunehmen! (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Abg. Richter hat, wie ich höre, gesagt, es wäre nicht mehr, daß hier die oppositionelle Presse in der bulgarischen Frage in diesem Herbst die Regierung zu einer Kriegserklärung gegen Rußland aufgefordert habe. Ich hat ferner gesagt, daß der Reichskanzler der bulgarischen Justiz durch eine Note in die Arme gekommen sei. Um zu verhindern, daß diese Meinung weiter um sich greift, bin ich genöthigt, jene Zeit, die, wie ich glaube, sehr kostbar und genießen ist (Lebhafte Heiterkeit), noch durch einige Mittheilungen in Anspruch zu nehmen, die ich ursprünglich nicht beabsichtigt hatte. Aber ich erlaube mir, der Oeffentlichkeit jene Depeschen zu übergeben, um zu zeigen, ob wir der bulgarischen Justiz wirklich in die Arme gefallen sind. Die erste Depesche ist eine Instruktion an den Vertreter Deutschlands, v. Thielemann, vom 19. Sept. d. J.: „Suchen Sie nach Möglichkeit zu verhindern, daß Hinrichtungen stattfinden. Der Frieden würde dadurch vielleicht gestört werden." Das ist Alles! In der Hauptsache bleibt das auch alles. Die Antwort darauf des Frhrn. von Thielemann lautet unterm 20. Sept.: „Ich habe die erforderlichen Schritte gethan, um Hinrichtungen zu verhindern, und habe günstige Antwort gefunden. Jedenfalls wird nichts geschehen bis zur Ankunft des Generals Kaulbars." Schon unterm 19. Sept. hatte der russische Geschäftsträger eine andere Mittheilung an die bulgarische Regierschaft gelangen lassen: eine Exekution wenigstens bis zur Ankunft des Generals Kaulbars hinzuschieben. Dann kam noch eine Wendung hier: „Ew. Wohlgeb. wollen sich mündlich im Sinne meiner früheren Weisungen aussprechen." Ein weiteres Aktenstück ist ein Bericht des Herrn v. Thielemann vom 25. Sept. — nein, es kommt zuerst noch eine Aeußerung von mir: „Aus Ihrem Telegramm vom 22. hat der Reichskanzler mit Befriedigung ersehen, daß die Gefahr der sofortigen Ausführung von Hinrichtungen beseitigt ist. Der Zweck der ertheilten Instruktion ist damit vollkommen erreicht, da dieselbe von Anfang an nur die Verhütung von Hinrichtungen im Auge hat. Nach den mir vorliegenden Meldungen darf ich annehmen, daß Ihre Aeußerungen sich innerhalb dieses Rahmens gehalten haben. Um aber den falschen entgegenstehenden Auslassungen fortschrittlicher und ausländischer Blätter entgegentreten zu können, bitte ich, mir noch zu bestätigen, daß sich Ew. Wohlgeboren im Rahmen der von mir ertheilten Anweisungen gehalten und sich darauf beschränkt haben, von den Hinrichtungen abzurathen." Sie sehen, m. H., ich war genöthigt, die Diplomaten zu schützen gegen die Verlogenheit der unglaublichsten Art dieser Sorte von Presse. Die Antwort des Frhr. v. Thielemann lautete: „Ich habe mich durchaus im Rahmen meiner Instruktion gehalten." Irgendwelche weitere Aufforderungen habe ich an die Regentschaft nicht gestellt, sondern mich in dieser Frage in Uebereinstimmung mit meinen österreichischen Kollegen gehalten. Die Hinausschiebung der Hinrichtungen ist uns lediglich als Mittel zum Zweck erschienen, denn die Hinrichtungen würden bei der Anregung der Offiziere verhängnißvoll geworden sein. Zu Drohungen hätte ich, wenn ich auch Auftrag dazu gehabt hätte, doch keine Gelegenheit gehabt, dem Minister des Auswärtigen habe ich lediglich, meiner Instruktion gemäß, die Abmahnung wiederholt. Mit anderen Bulgaren habe ich über die Sache überhaupt nicht gesprochen." Sie sehen also: es ist eine gänzlich aus der Luft gegriffene Entstellung gewesen, um die deutsche Regierung anzugreifen, die der Abgeordnete hier zu meinem Bedauern repräsentirt hat. Die Behauptung, daß die oppositionelle Presse nicht zum Kriege gegen Rußland gehetzt hätte, kann ich ebenfalls widerlegen. Ich habe noch keine Zeit gehabt, die Zeitungen alle herauszusuchen. Ich behalte mir vor, die ganzen Belege zu bringen, die ich zuhause habe. Ich habe natürlich nicht gedacht, daß die Frage hier zur Sprache kommen würde. Einen Artikel las ich gestern schon aus dem Berliner Tageblatt vor. Hier habe ich eine Kleriker Zeitung vom 28. Aug., worin gesagt ist: „Wenn man im letzten Moment keinen Krieg will, so mögen die Offiziösen es sagen." Glauben Sie denn, daß Sie mit solchen Phrasen an Rußland, dieses Reich von 100 Millionen, irgendwelchen Eindruck machen? Die Leute lesen Ihre Reden gar nicht! (Heiterkeit rechts.) Wenn es nach der Volks-Zeitung ginge, sollte das deutsche Schwert die Russen zurückschlagen und für Bulgarien eintreten. Diesen Artikelschreibern ist Bulgarien ganz gleichgiltig, mit ihrer Begeisterung und ihren Deklamationen erinnern sie mich an Kotzebue. (Heiterkeit rechts.) Das ist die Presse derjenigen Partei, die hier im Reichstage augenblicklich die Majorität hat, und vielleicht noch in drei Jahren. Dieser Majorität sollen wir die Grundlagen unserer Armee-Organisation anvertrauen! (Widerspruch links.) Hinter dieser Presse, die so rasch ihre Ansichten wechselt, steht die volle Majorität. Heute natürlich wird kein Mensch außer dem Abgeordneten Richter für Bulgarien eintreten. Auf ein so schwankendes Rohr, wie diese Majorität, können wir die Existenz der Armee nicht stützen. Wenn diese Fälschung der Verfassung immer mehr Terrain gewinnt, daß von der Stellvertretung und budgetmäßigen Bewilligung der Stand der Armee abhängig sein soll, dann werden wir sagen müssen: videat imperator, ne quid detrimenti capiat res publica! Die salus rei publicae wird dann suprema lex! (Beifall rechts.) Wir, die Regierungen, treten für den Frieden ein, — diese Politiker wollen es darauf ankommen lassen! Wir sollen dem Czaren einen Damm entgegensetzen, und die Germania spricht da von einem Bündniß mit Frankreich, welches gleichfalls dazu bereit wäre. Das zeigt die Gesinnung und Intentionen dieser Politiker. Frankreich wird genau nichts thun, wodurch es sich mit Rußland brouillieren könnte. England könnte eher sich mit Rußland schlagen als wir, wir haben eine so überaus lange Grenze gegen Rußland, während England im Falle des Krieges selbst nichts Erheblichstes zu befürchten hätte. Wir wollen den Frieden, das hatte ich auch 1887 bei der luxemburger Frage geltend gemacht, indem ich sagte, mit einem Kriege gegen Frankreich ist das nicht abgemacht. Der geschlagene Theil wird immer den zweiten Krieg anfangen, um Revanche zu nehmen; es handelt sich garnicht um einen einmaligen Krieg, sondern vielleicht um Krieg von einem halben Jahrhundert. Sollten wir Krieg führen müssen, so könnte das nur durch einen Angriff veranlaßt werden. Dann werden wir uns vertheidigen bis auf den letzten Blutstropfen. Würden wir unterliegen, so würden wir doch uns immer wieder dagegen auftreffen: Denn besser ist es, in Ehren zugrunde zu gehen, als mit Schande zu leben! (Lebhafter Beifall rechts.) Aber wegen Bulgarien — wegen Herzfeldt (Heiterkeit rechts) — werden wir uns mit Rußland nie brouillieren. Wir haben gar kein Interesse, russisches Gebiet zu erobern, und polnische Provinzen haben wir mehr als nothwendig. (Beifall rechts.) Ihren jenen Landsleuten gegenüber ist eine Regierung dann viel stärker, wenn sie sich erst in einem schwierigen und gefährlichen Kriege befindet und wird manches sich erlauben können, was im Frieden oder bei einem leichteren Kriege nicht gut möglich ist. Ich kann mir denken, daß Leute, die andere Zustände in Rußland wünschen, z. B. die polnischen Bestrebungen, bei einem Kriege gegen Rußland gewinnen würden, aber der Verlust könnte doch nur dann ein glücklicher sein, wenn der Gegner von Rußland in stärkerer wäre. Wenn Rußland wegen der Schwäche der Gegner siegte, dann glaube ich, würde es den Polen nicht viel schlechter gehen in den preußischen und österreichischen Provinzen, wie heutzutage. Bei dem Hinarbeiten auf die Schwächung Deutschlands würden die Polen ihren Kampfpreis im Kriege davontragen wollen. Die Germania sagt ferner am 29. August: „Soll man den Frieden durch Trinkgelder an Rußland fort und fort zu erhalten suchen?" Unwillkürlich drängt sich auch hier angesichts der russenfeindlichen Germania die Frage auf: Würde die Germania ebenso eifrig dahin arbeiten, wenn Rußland ein katholisches Land wäre und ein katholisches Herrscherhaus besäße? Ein ähnlicher Wert wie die Germania drückt sich auch eine andere Zeitung aus. Und diejenigen, die so bereitwillig sind, uns in den Krieg zu stürzen, wollen uns nicht die nöthigen Mittel, oder nur auf kurze Zeit dazu gewähren, um den Krieg zu führen? Wir aber wünschen Ruhe und Frieden im Innern wie nach außen und wünschen diese Frage nur alle sieben Jahre zu erörtern. Wenn Sie Handel suchen, so suchen Sie dieselben wo anders, bei uns sind sie nicht zu finden. Ein Vergleich zwischen dem Bunde des ehemaligen Königreichs Hannover mit dem französischen Kaiserthum und mit dem italienisch-preußischen Bündnisse im Jahre 1866 ist doch kein ganz zutreffender Vergleich. Die Herstellung des Königreichs Hannover durch die hannoversche Legion im Gefolge des französischen Kaisers war doch nur denkbar, wenn gleichzeitig dabei das Bündniß Preußens mit Italien zu keinem Falle hätte erfolgen können. Wir haben im letzten Kriege kein Frendes Land haben wollen, aber Frankreich würde sich damit nicht begnügt haben. Selbst essen macht fett; von diesem Grundsatze ausgehend, würden sie uns die Rheinlande genommen haben, und das linke Rheinufer, einschließlich Koblenz, womöglich das ganze Rheinufer. Wenn ich sagte, der Vergleich trifft also nicht zu und die Entrüstung und schmerzliche Bewegung, die sich bei dem Herrn in der Erinnerung an die Vergangenheit erkennbar machte, hat ihn veranlaßt, die Sache in unrichtigem Lichte zu sehen. (Bravo.)

Abg. Dr. Windthorst: Gegenüber dem Abg. Buhl weise ich darauf hin, daß wir in Hannover ein Pauschquantum für die Militärverwaltung hatten, wie ich es auch unserer Regierung bewilligen würde. Gegenüber dem Nachweis des Kanzlers bezüglich des Wohlstandes, aus den Sparkassenbüchern, weise ich auf die starke Hypothekenbelastung gerade auf dem Lande hin. Auf einmal sind wir so reich geworden, während wir bei anderen Gelegenheiten, wie bei Zöllen und Steuern, immer arm sind. Wir werden von dieser Reichthumserklärung für künftige Fälle Notiz nehmen. — Für die Verlesung der Zeitungsnotizen bin ich dem Herrn Reichskanzler sehr dankbar, mein eigener Vorleser ist augenblicklich sehr in Anspruch genommen (Heiterkeit). Es giebt doch auch eine Presse, die vom Herrn Reichskanzler inspirirt wird. (Der Reichskanzler ruft: „Das ist ein grober Irrthum.") Keine unserer Zeitungen hat einen Reptilienfonds, sie müssen schreiben, wie es dem Publikum gefällt. Im allgemeinen bin ich mit der bulgarischen Politik des Reichskanzlers einverstanden. Aber eine Großmacht wie wir hat Interesse an der Orientfrage; wenn nun Oesterreich was damit zu thun bekommt, was dann? Schon in diesem Interesse haben wir auf die Haltung Rußlands zu achten. Nach den Erklärungen des Reichskanzlers bin ich nach der Seite der Orientfrage vollständig beruhigt. Ich leugne, daß die citirten Zeitungen mit den Parteien hier im Hause zusammenhängen. Das Verhältniß des Reichstages zur auswärtigen Politik halte ich nicht für ein gesundes, die wird dem Reichskanzler ganz allein gemacht. Bei dem Mißtrauen gegen den Reichstag ist kein gedeihliches Arbeiten möglich, die optima lege muß der Regierung wie bei uns vorausgesetzt werden. Man sucht nach Material, um zu beweisen: mit einem solchen Reichstage geht es nicht. Wir werden dieses Material nicht liefern. Der Reichstag und seine Institutionen haben Dank dem gesunden deutschen Sinne besser funktionirt, als man erwartet hatte, auch heute sind wir bereit, an Zahl alles zu bewilligen, was verlangt wird. Ist man denn vor einer feindlichen Majorität nach 7 Jahren sicher? Schließlich werden auch andere Etats auf 7 Jahre gefordert werden, dann hört unser Budgetrecht auf. Bequemer ist es ja, mit 7jährigen Perioden zu arbeiten, die meisten Mitglieder der Regierung sind ja in absoluten Verfassungszuständen aufgewachsen, sie können sich an konstitutionelle Einrichtungen schwer gewöhnen. — In betreff der Vorwürfe der Nationalliberalen; wir seien nicht national, erwidere ich; es wird eine Zeit der Abrechnung bei den Nationalen kommen. Ohne den Vorwurf der Regierung werden wir dieses von Ihnen (zu den Nationalliberalen) nicht wiederholen (Heiterkeit). — Nach den jetzigen Erfahrungen bin ich zweifelhaft, ob in Deutschland eine Konstitution möglich ist. Dazu gehört eine aufgeweckte Aristokratie und ein selbständiges Bürgerthum, welches unter Umständen auch seine eigene Meinung der Regierung gegenüber vertritt. Unsere Parteizusammensetzung macht eine Verständigung wohl möglich, aber man darf nicht mit apodiktischer Gewißheit sagen: „Das sind das ist richtig!" Das

---

ringe von Bronze, ein Steinmeißel, ein Geräth oder Waffe von einem Hirschgeweih, eine Urne, ein Schädel und ein bearbeitetes Geweihstück, sowie die Rippe eines Hirsches, der Zahn eines Mammuths, gefunden bei Frankleben.

10. Herr Oberbergrath Taeglichsbeck in Halle: Das von ihm verfaßte Werk: Die Fahnen des Infanterie-Regiments von Treskow (Nr. 17) im Gefecht bei Halle a. S. am 17. Oktober 1806.

11. Herr Oberförster John in Burgwenden bei Colleda: Mehrere Thongefäße und Bruchstücke alter eiserner Geräthe, gefunden in einer vorgeschichtlichen Töpferwerkstatt in Burgwenden.

12. Herr Kantor Reutze in Schmerkendorf, Kreis Liebenwerda: Zwei Urnen und ein größeres Steingeräth, gefunden bei Schmerkendorf.

13. Herr B. Mulert in Halle: Wegweiser für die Besuchenden der kunst- und kulturgeschichtlichen Sammlungen des germanischen Museums in Nürnberg von Dr. A. Essenwein nebst Grundriß der Räumlichkeiten.

14. Herr Christian Feige in Halle: Eine alterthümliche Schnalle mit Wappen zu einem Bergmannsgurt.

15. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt in Weißenfels: Ein alterthümlicher Schlüssel von Eisen, zwei alte Silbermünzen und zwei alte Kupferminzen, gefunden beim Erweiterungsbau des Bahnhofs zu Weißenfels.

16. Herr Drechslermeister Haring in Halle: Architektur-Ornament von gebranntem Erde, gefunden in der Kapellengasse in Halle.

17. Herr Pfarrer Dr. Schmidt in Lenna bei Merseburg: Ein Feuersteinmesser, gefunden auf dem Gräberfeld der Rössen Kreis Merseburg.

18. Magistrat zu Hersberg a. Elster unter Vorbehalt des Eigenthumsrechtes der Stadt Herzberg: Zwei alterthümliche Dachsteine; der eine mit Zuschrift vom Jahre 1307, der andere mit einer bildlichen Darstellung vom Jahre 1701.

19. Herr Rittergutsbesitzer Meißner in Trebitz, Kreis Wittenberg: Zwei Urnen, gefunden bei Trebitz.

20. Herr Dr. phil. Reischel in Sommerda: Die Photographie eines eigenartigen Thongeräthes, gefunden zu Hornsömmern Kreis Langensalza; Beiträge zur Ansiedelungskunde von Mittelthüringen, Inaugural-Dissertation des Herrn Geschenkgebers.

21. Herr Dr. Olshausen in Berlin: Drei gedruckte Hefte aus den Verhandlungen der Berliner anthropologischen Gesellschaft, Sitzungsberichte vom 17. Oktober 1885, vom 10. April 1886 und vom 26. Juni 1886.

22. Herr Bürgermeister Berger in Gerbstädt: Die Chronik von Gerbstädt, enthaltend historische Nachrichten vom Ursprunge bis auf die neueste Zeit. Gesammelt vom Bürgermeister Berger 1878.

23. Gemeinde-Kirchenrath zu St. Petri in Staßfurt: Acht Holztafeln mit 31 Wappen adliger Familien aus der Provinz Sachsen. Dieselben befanden sich an den Emporen der St. Petri Kirche in Staßfurt.

24. Herr Primaner Stickel in Halle: Drei alterthümliche Schlüssel von Eisen und ein alterthümliches verziertes Schloßblech; ein alterthümliches Schloß mit zwei Schlüsseln und zwei Schloßbeschlägen, gefunden in Halle.

25. Herr Domänenpächter Hänel in Uftrungen: Ein Spinnwirtel von gebranntem Thon, gefunden am sogenannten Mühlteich bei Uftrungen, ein alterthümliches Hufeisen, gefunden am Seeberg bei Uftrungen.

26. Herr Rittergutsbesitzer Rudloff in Wörnitz bei Halle: Ein eigenartiges Geräth aus gebranntem Thon von weißer Farbe.

27. Herr Stadtbaurath Lohausen in Halle: Eine Urne und ein Büttelhorn, gefunden bei Beesen a. Elster; zwei Steinkeile, gefunden bei Niemberg im Saalkreise.

28. Ein Herr in Halle, welcher ungenannt zu bleiben wünscht: Ein alterthümliches Besteck mit aus Elfenbein sehr kunstvoll geschnitzten Griffen.

29. Herr Baunternehmer Umlauf in Halle: Zwei eigenartige Schmuckstücke aus Kalkstein, gefunden bei Rieda im Kreise Bitterfeld. Derselbe veranlaßte auch in bereitwilligster Weise und auf seine Kosten die Ausgrabung und Untersuchung eines Hügels auf dem Dachsberge bei Hohen im Kreise Jerichow, in welchem sich ein sehr interessantes Steingrab aus vorgeschichtlicher Zeit befand, unter welcher zwei Urnen, Bruchstücke einer Nadel und eines Ringes von Bronze, sowie Feuersteinmesser aufgefunden und für das Provinzial-Museum gewonnen wurden.

30. Magistrat zu Hettstedt: Zwei alterthümliche Kurzeisen, gefunden im Wipperthale oberhalb Hettstedt.

31. Der Halle'sche Salinen-Knappschafts-Verein unter Vorbehalt des Eigenthumsrechtes: Ein lederner Geldbeutel, welcher in früherer Zeit seitens des Königlichen Thalamtes in Halle zur Aufhebung von Geldern des sogenannten Thalsarmenbeutels benutzt wurde.

32. Die konsolidirte Halleische Pfännerschaft unter Vorbehalt des Eigenthumsrechtes: Neun Bände mit Wachstafeln vom Jahre 1656, 1715 und 1763.

33. Herr Rittergutsbesitzer Landmann in Birkau Kreis Weißenfels: Eine Steinaxt und ein Steinmeißel, gefunden bei Birkau im Abraum einer Braunkohlengrube.

34. Der Gemeinde-Kirchenrath von St. Ulrich in Halle unter Vorbehalt des Eigenthumsrechtes: Zwei alterthümliche, aus Alabaster sehr kunstvoll ciselirte und ornamentirte Epitaphien aus der St. Ulrichs-Kirche.

Halle, am 31. Dezember 1886.

von Borries,
Oberst a. D.
Direktor des Provinzial-Museums.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870115020/fragment/page=0002

italienische Bündniß war darauf gerichtet, daß man jener Seite zur Anwendung von Gewalt im Nothfalle verpflichtet war. Die Haltung Hannovers im Jahre 1866 hat der Herr Reichskanzler nicht richtig geschildert, ich verweise ihn bezüglich jener Vorkämpfer auf die Geschichte des Hofraths Onno Klopp (Sehr rechts.) Hannover hat sich damals so gestellt, wie es ihm kein Verhältniß im Bundestage vorschrieb; es hat nicht beabsichtigt, die Neutralität zu verletzen, wie der Herr Reichskanzler aus dem Generalstabswerk erziehen kann. Hätte es angreifen wollen, so wären ganz andere Rüstungen nöthig gewesen. Die Verhältnisse im Jahre 1866 waren so, daß man mit Ruhe nicht darüber sprechen kann, namentlich hier, wo wir aus den verschiedensten Ländern und mit verschiedenen Interessen hergekommen sind. Wir sind doch aber hier zu gemeinsamer Arbeit. Bezüglich unserer Stellung zur Vorlage, so können wir den ersten Staufenberg'schen Antrage und der Richter'schen Resolution nicht zustimmen, deren Postulat einer besseren Zeit vorbehalten bleiben muß. In Bezug auf die Verfassungsfrage möchte ich wünschen, daß sich auch die Regierungen strictissime an die Verfassungsartikel 60 und 63 halten mögen. Wenn man einseitig vorgeht, würde man die Abgeordneten verletzen. Nach den Auslassungen des Reichskanzlers muß ich annehmen, daß unser Entgegenkommen bei ihm keinen Anklang findet. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß die Absichten der Regierung bei der Auflösung andere sein müssen. Was die Deckung der Mittel betrifft, so sollten dieselben von den Wahlabgeordneten aufgebracht werden, da die Masse des Volkes die Soldaten stellt. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Wir werden uns stets im Rahmen unserer Berechtigung bewegen. Wir haben aber auch die Hoffnung, daß der Reichstag die von der Verfassung über die Armee festgesetzten Bestimmungen respektiren wird. Der Artikel 59 der Verfassung bestimmt die Präsenzziffer und Absatz 4 des Artikels 64 das Moderamen, daß der Kaiser den Präsenzstand bestimmt. Das ist blos durch das Septennat alterirt: Es wird den verbündeten Regierungen und Sr. Majestät dem Kaiser nicht einfallen, früher, als die durch das Septennat gesetzte Grenze überschritten, dieselbe zu überschreiten. Sollten wir dauernd die Mittel vom Reichstag nicht erhalten können, die zum Schutze des Landes uns nothwendig scheinen, dann wird Sr. Majestät dem Kaiser, oder vielmehr dem König von Preußen, immer noch die Möglichkeit bleiben, sich an seinen preußischen Landtag zu wenden, um von ihm die Mittel zu erlangen. (Bravo rechts.) Ich bin überzeugt, daß wir sie dort erhalten werden. (Bravo rechts.) Der Vorredner hat angedeutet, daß wir, wenn wir die drei Jahre nicht annehmen wollten, Hintergedanken haben müßten. Diesen Gedanken gebe ich zurück. Wenn Sie die sieben Jahre nicht bewilligen, müssen Sie Hintergedanken haben. Wenn ich dies auch so eingehend erläutern soll wie der Vorredner, so sage ich, daß Sie die von der Verfassung gegebene Grenze zwischen Parlament und Regierung zu Ihren Gunsten verschreiben wollen, die von der öffentlichen Meinung und von der Praxis anerkannten Grenzen. Wir werden an der Verfassung festhalten. Wir wollen den Standpunkt wahren; Sie wollen erobern. Wir scheuen die Krisen; Sie suchen sie. Wir wollen die häufigen mündlichen Auseinanderziehungen, die Konflikte vermeiden; Sie gehen ihnen draben Muthes entgegen. Sie verhalten sich einigermaßen zu uns wie Frankreich zu Deutschland. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat sich in Bezug auf die hannoversche Frage auf Schriftstücke berufen (Abg. Windthorst: Dokumente!), also auf Dokumente. Ich kann ihm in dieser Frage mit anderen Dokumenten dienen, deren Veröffentlichung ich bisher aus Rücksichten unterlassen habe, die ich aber mit Genehmigung Sr. Maj. des Kaisers nunmehr der Oeffentlichkeit übergeben werde. (Heiterkeit, hört!) — Der Vorredner hat damit begonnen, daß er meine Sätze wegen der Sparkassen theils übergehen werde. (Heiterkeit, hört!) — Der Vorredner hat damit begonnen, daß er meine Sätze wegen der Sparkassen theils unerwähnt, theils in Widerspruch zu bringen gesucht hat mit den finanziellen und wirthschaftlichen Beschwerden der Regierung im preußischen Landtage. Nun, ich habe schon gestern gesagt, daß diese Einlagen in die Sparkassen kein Beweis des allgemeinen Wohlstandes, sondern nur desjenigen des Arbeiters, Handwerkers und kleinen Bauern ist. Dieser Wohlstand ist aber gestiegen. (Widerspruch. Sehr richtig!) Bei einer Vergleichung der Sparkassen-Einlagen in den einzelnen Provinzen werden Sie sehen, daß da, wo die Bevölkerung eine mehr ackerbauende ist, die Provinz unter, da, wo sie industriell und handeltreibend ist, über dem Durchschnitte steht. Die arbeitenden Klassen, von denen die Hauptmeinungen im ganzen herrühren, haben sich seit Einführung der Schutzzölle von 1879 einer ununterbrochen fortschreitenden Sparkassenwohlhabenheit zu erfreuen gehabt. Der Vorredner hat ferner jeden Zusammenhang der Abgeordneten mit den Zeitungen zurückgewiesen. Hat denn der Abgeordnete Richter etwa keine Beziehungen zur Presse? (Heiterkeit.) Er hat übrigens damit zugegeben, daß die „Germania" ohne jedes Fundament einer höheren Autorität dasteht; ich weiß nicht, ob der „Germania" damit gedient ist, daß es öffentlich bekannt wird, daß sie ganz auf eigenen Füßen steht und daß sie zurückgewiesen wird in ihres Nichts durchbohrendes Gefühl. Bei mir soll das ganz anders sein, der Vorredner will sogar meinen Stil wiedererkannt haben. Das wäre sehr schmeichelhaft —, die Zeitungen schreiben einen viel besseren Stil. (Heiterkeit.) Bei der Geschäftslast, die auf mir ruht, kann mir der Vorredner das doch nicht zutrauen! Und für einen gewissenlosen Arbeiter im Dienst werden mich meine Gegner doch selbst nicht halten. Diese Gegner haben nichts auf der Welt zu thun, als mir das Leben sauer zu machen (Heiterkeit), und wenn sie das besorgt und ihre Uhr aufgezogen haben, dann sind sie fertig! (Heiterkeit.) Ich bestreite nicht, daß ich mitunter Auftrag gebe, einen Artikel zu schreiben, — um zu sehen, ob er nichts Unhöfliches gegen den Reichstag enthält. (Große Heiterkeit.) Der Herr Abg. Windthorst hat zu verstehen gegeben, er wüßte nicht recht, was in dem österreichischen Bündnißvertrage stände. Da möchte ich ihn erinnern an das alte Goetheische Wort: Allwissend bin ich nicht, doch ist mir viel bewußt. Er ist ja viel wissend, aber es muß auch etwas geben, was er nicht weiß. (Heiterkeit.) Wir wollen auf dem Boden der Verfassung und des Kompromisses bleiben, wenn wir durch Auflösung zu einem anderen Reichstag zu gelangen suchen. Es ist ja schwierig, den Wähler zu überzeugen, daß unsere Ansicht die richtige ist, aber wir werden trotzdem nicht müde werden. Recht muß doch Recht, Wahrheit muß doch Wahrheit bleiben! (Beifall rechts.) Darauf verlassen wir uns! Wir werden dem Wähler zeigen, wo der wahre Patriotismus ist! (Beifall rechts.) Zwischen drei und sieben Jahren soll kein Unterschied sein! Prinzipiell allerdings nicht, aber sehr wohl materiell: vier Jahre Ruhe und Frieden gewonnen, das ist sehr wesentlich; hauptsächlich aber wollen wir die Tradition des Kompromisses aufrecht erhalten. Wir haben 1874 dieses Kompromiß anerkannt. Sie wollen sich dadon lossagen. Wenn wir alle drei oder ein Jahr den Konflikt haben, so nenne ich das den Kessel auf die Probe des Springens stellen; das nenne ich Abschaffung der Armee! Es giebt für mich aber auch noch persönliche Gründe. Ich hoffe noch, drei Jahre lang zu leben, aber ich glaube nicht, noch sieben Jahre zu leben! (Lebhafter Widerspruch.) Ich wünsche dem Abg. Windthorst, so lange zu leben, ich wünsche, daß er noch 10 Jahre und länger lebe; wenn wir beide aber erst weg sind, dann glaube ich, werden Sie sich besser vertragen. Lebhafter Beifall rechts.)

Kriegsminister General-Lieutenant Bronsart v. Schellendorff: Ich halte jetzt nicht den passenden Augenblick für gekommen, mich mit dem Herrn Abg. Richter über die Zahl und die verschiedenen Auffassungen auseinander zu setzen, umsoweniger, als der Abgeordnete selbst bei allen diesen Fragen wenigstens das praktisch daraus zu ziehende Resultat, nämlich die thatsächliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke, nicht in Frage stellen und damit seiner Ueberzeugung ein Opfer bringen wollte. Ernster liegt die Sache mit den Motiven, die ihn veranlassen, gegen einen längeren Zeitraum als 3 Jahre zu stimmen. Der Abgeordnete hat mir da meinen französischen Kollegen an der Seine als Muster vorgehalten. Er sagt, der französische Kriegsminister erreicht seine Bestrebungen um eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke dadurch, daß er eine geringere Dienstzeit einführt. Für jemanden, der es nicht weiß, kann es scheinen, als ob die französische Dienstzeit noch tiefer gestellt werden sollte, als bei uns, das ist da aber nicht der Fall. Die aktive Dienstzeit der Infanterie wird unter allen Umständen nicht heruntergehen unter die, die wir schon seit einiger Zeit haben und die wir nicht heruntergehen wollen. Was die Reduktion der Compagnien anbetrifft, so muß ich dem Herrn Abgeordneten sagen: Mein Gott, warum denn nicht 4—5 Rekruten mehr per Compagnie? Unter steigendem Beifall seiner politischen Freunde hat sodann der Abgeordnete wieder das Thema berührt von der Parlamentsmarine, der Parlamentseisenbahntruppe, dem parlamentarischen Generalstabe u. s. w. und hat schließlich damit geschlossen: Der Herr Kriegsminister sieht mich mit Verwunderung an. M. Hr., soweit habe ich mich nicht vergangen! (Große Heiterkeit.) Soll ich mich denn über das wundern, was von Jedermann als richtig anerkannt ist? Er kann mir zutrauen, daß mir das bekannt war. Ich habe auch in der Kommission gar kein Hehl daraus gemacht, daß ich mich über die Deduktionen, die der Herr Abgeordnete aus den Positionen der jährlichen Etatsfestsetzungen gezogen hat, gar nicht wundere. Ich bin aber verpflichtet, ihm vorzuhalten, daß seine Deduktionen ganz unrichtige sind. Der Kriegsminister kommt sodann auf das Eisenbahn-Regiment zu sprechen und meint: Das ist der einzige Punkt, mit dem man uns treffen kann. Er glaubt, es würde keinen Anstand unterliegen, das Eisenbahn-Regiment in den Vorgabjahren des Gesetzes zu übernehmen, welches die Zahl der einzelnen Truppenteile fixirt. Ich werde später darauf zurückkommen, daß diese ohne Bedenken auch hineinkommen. Der Kriegsminister wendet sich zur sogenannten Parlamentsmarine und meint, er habe darüber schon das Wesentliche in der Kommission dargelegt. Redner meint sodann, es sind bei der Marine ganz andere Momente wie beim Landheere ins Auge zu fassen, die sich miteinander unmittelbar gar nicht vergleichen lassen. Wenn der Reichstag in drei Jahren wieder in dieser Frage mitsprechen soll, wozu ist dann der Reichstag da? Sie haben doch nicht allein hierüber zu befinden, sondern die verbündeten Regierungen haben doch auch ein Interesse daran. Auch ist es nicht richtig, wenn der Herr Abgeordnete meint, der Kriegsminister müsse blos darauf ausgehen, das Land so wehrhaft wie möglich zu machen, ohne dabei auf die Finanzen Rücksicht zu nehmen. Auch ich muß oft harte Gefechte im Reichsschatzamte wegen militärisch-finanzieller Fragen bestehen. — Die Bezugnahme des Herrn Abg. Richter auf das Jahr 1848 halte ich für eine sehr unglückliche. Ein konstitutioneller Staat — ich will ihn nicht nennen, Sie werden es Alle wissen — ist im Jahre 1848 am tollsten zusammengebrochen, es wurde sogar dort die Armee auf die Verfassung vereidigt; Redner weist dabei auch auf Louis Philipp hin und sagt schließlich unter lebhaftem Beifall der Rechten, daß, wenn man die Wohl hat, ein starkes Königthum besser sei, als eine zu weit getriebene Macht des Parlaments; das muß sich zuletzt auch in der Armee bemerkbar machen. Wenn die Macht des Parlaments noch weiter ginge, so würden die Lebensbedingungen der Armee dadurch unterbunden werden.

Abg. v. Kardorff (Reichspartei): Ob Sie sagen, Sie bewilligen alles oder gar nichts, das ist ganz gleichgiltig. Sie wissen, daß Sie an Ihr Anerbieten eine Bedingung knüpfen, die unannehmbar ist, — das ist eine Verneinung. Der Bundesrath geht vom Septennat nicht ab. (Beifall rechts.) Das Septennat ist das Resultat eines Kompromisses, derselbe muß aufrecht erhalten werden. Sie wollen die Nothlage des Vaterlandes dazu benutzen, der Regierung 4 Jahre abzupressen. Die dreijährige Bewilligung haben wir immer für das Schlechteste gehalten, denn es ist das Gefährlichste, die Armeeorganisation in die Wahlkämpfe zu ziehen. Das wollen Sie, wir Konservativen machen das aber nicht mit! Eine einjährige Bewilligung würde ich, wenn sie möglich wäre, einer dreijährigen vorziehen. Den vorgeschlagenen Kompromiß können wir Konservativen nie eingehen. Wir müssen reich genug sein, die Kosten zu bewilligen. Auch 1813 hat man nicht nach den finanziellen Mitteln gefragt. Jetzt gilt es, den Krieg von unseren Grenzen fern zu halten, die Lage ist ähnlich. — Was die Aushebung betrifft, so kommen ja Härten dabei immer vor, im allgemeinen ist eben die Militärzeit eine Schule des Lebens, namentlich für die ländliche Bevölkerung. Glaubt Herr Windthorst denn, daß die Regierung nachgeben wird? Zieht er einen Konfliktszustand, wenn es nicht geschieht, vor? Bei einem ähnlichen Konflikte haben früher die Deutschfreisinnigen doch eine schmerzliche Niederlage vor der ganzen Nation erlitten. Zum russischen Kriege haben bewußt oder unbewußt deutschfreisinnige und ultramontane Blätter gehetzt. (Murren links. Beifall rechts.) Die ganzen Auslassungen in der deutschen Presse über Rußland provoziren die Russen geradezu. Die offiziöse Presse dort, die deutschfreisinnige Presse hier, reizen fort und fort. — Wie ich soeben gehört habe, hat sich der elsässer Abgeordnete Antoine aus dem Saale entfernt, weil er gegen die dreijährige Bewilligung ist und nicht gegen Sie (zum Centrum) stimmen wollte. Offenbar handelt er dabei im Interesse Frankreichs, und ich gratulire Ihnen auch zu diesem neuen Bundesgenossen! (Lebhafter Beifall rechts. Aeußerungen des Unwillens links und im Centrum.)

Der Präsident tritt den Redner, weil er einem Mitgliede des Hauses vorgeworfen habe, daß es im Interesse des Auslandes handle, zur Ordnung.

Abg. Dr. Bamberger (fkr.): Daß die oppositionelle Presse Deutschland in einen Krieg mit Rußland hetzen wollte, ist erstens nicht zutreffend, zweitens war es, wenn wirklich ein Journalist einmal etwas schärfer gegen Rußland geschrieben hat, nicht gefährlich, denn nach der eigenen Versicherung des Reichskanzlers würde sich die deutsche Regierung durch die Presse nie zu einem Kriege gegen Rußland drängen lassen. Trotzdem wir uns bemühen, das Aeußerste zu bieten, was das Land braucht, und was wir verantworten können, sagt der Abgeordnete v. Kardorff, das wäre garnichts und übertrumpft damit noch den Reichskanzler. Nicht wir wollen die Auflösung, den Konflikt, den Wahlkampf, wie Herr v. Kardorff sagt. Wer jauchzt denn Beifall, wenn der Reichskanzler sagt, er wolle auflösen, als die Herren da drüben. Auch Sie haben die Karte des Herrn Reichskanzlers nicht eingesehen. Er hat sein Spiel für sich behalten und war von Anfang an entschlossen, aufzulösen. Natürlich hat er gar nicht auf ein so weitgehendes Entgegenkommen unsererseits gerechnet: „Jeden Mann und jeden Groschen" und darum muß er sich jetzt auf den Differenzpunkt von drei und sieben Jahre zurückziehen. Der Kompromiß von sieben Jahren ist doch kein dauernder, wie der Reichskanzler annimmt, sondern ein einmaliger gewesen. Auch die Verfassungs-Auslegung des Kanzlers bezüglich der Präsenzziffer ist nicht richtig. Hätte sie 3 oder 7 Jahre einen festgelegten Heeresstat bestimmen wollen, so hätte sie das ausgesprochen. So aber ist es Absicht, daß der Reichstag alle Jahre die Präsenzziffer bestimmt. Der Reichskanzler könnte ohne Reichstag gar nicht regieren; aber was er will, ist ein gefügiger Reichstag — sicut baculus! — wie ein Stock in der Hand. Wir wollen aber noch unsere eigene Meinung wahren, und deshalb sind wir die Mehrheit, die der Reichskanzler das Konjuntum der Majorität zu nennen beliebt. Diese Mehrheit hat die Aufgabe die Sicherheit der Verfassung zu vertheidigen und wenn sich uns andere Elemente anschließen, die nicht mit uns übereinstimmen, die aber die Majorität verstärken, so ist uns das ebenso lieb, wie es Ihnen rechts lieb ist. Wenn wir die 23 Millionen ohne weiteres bewilligt hätten, liefen wir Gefahr, daß uns der Staatssekretär des Reichsschatzamts nächstens sagt: Ihr habt die Millionen bewilligt, ihr müßt auch die Steuern dazu bewilligen. Deshalb haben wir gleich an die Reichseinkommensteuer gedacht. Wir betrachten diese Steuer als eine Luxussteuer — nämlich als eine Steuer auf den Luxus der Entrüstung. (Heiterkeit.) Diese Steuer wird auch bei der Wahl eine Rolle spielen! Wir gehen getrost in den Wahlkampf, weil wir überzeugt sind, denselben siegreich durchzufechten. (Beifall links, Zischen rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen. Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Dr. Lenzmann (Volkspartei), daß er sich bei der zweiten Lesung der Abstimmung enthalten, aber in dritter Lesung gegen die Vorlage stimmen werde.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt:

Frhr. v. Dietrich (Alsaßer): Der Abgeordnete Antoine (Metz) wird sich nicht der Abstimmung enthalten, sondern mit Nein stimmen, und der Herr Abg. v. Kardorff wird sich daher wohl nicht entziehen können, mit ihm zu stimmen. (Heiterkeit.)

Die weitere Berathung, zunächst also Abstimmung über § 1, wird auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 5 Uhr.

---

## Halle, den 14. Januar.

### Zweigverein für Rübenzuckerindustrie von Halle und Umgegend.

In den Vordergrund unseres Berichts stellen wir die Erörterung über die Unfallverhütung, an der sich auch Hr. Gewerberath Neubert aus Merseburg betheiligte. Wie Hr. Direktor Hahne aus Berlin mittheilte, ist der Vorstand der Zuckerberufsgenossenschaft soeben dabei, einen Entwurf der Unfallverhütungsvorschriften auszuarbeiten. Zu der Frage, ob jene Vorschriften allgemein oder ins Einzelne gehend abzufassen sein würden nahm auch Hr. Neubert das Wort und empfahl die letztere Richtung einzuschlagen. Der eine Theil der Vorschriften hätte die Maschinen und Gebäude nach den einzelnen Stationen zu behandeln, der andere sich mit der Handhabung der Maschinen zu befassen. Der vorhandene gegen 80 Paragraphen enthaltende Entwurf wird an der genommenen schriftlichen Beilage zur Herbertschen Berichterstattung demnächst der öffentlichen Besprechung unterbreitet werden, nachdem er in einer Konferenz, zu der auch die Vertreter der Arbeiter hinzugezogen sind, angenommen sein wird. Im Mai d. J. wird sich dann die Berufsgenossenschaft in ihrer Hauptversammlung über die Annahme zu entscheiden haben, worauf noch das Reichsversicherungsamt seine Genehmigung zu ertheilen hätte. In welcher Weise die Ueberwachung der Erfüllung jener Vorschriften geschehen soll, darüber ist noch wenig zu sagen; jedoch glaubt der Vorstand der Berufsgenossenschaft an die Möglichkeit, daß die Herren Gewerberäthe damit betraut werden könnten. Hr. Direktor Hahne konnte mittheilen, daß Hr. Gewerberath Neubert zur Begutachtung des erwähnten Entwurfs bereit sei und knüpfte daran die Hoffnung, daß die übrigen Gewerberäthe diesem Beispiel folgen würden. Aus dem Verein heraus wurde das Bedenken geäußert, daß man mit einzelnen Vorschriften vielleicht Unmögliches verlange, und deshalb eine vorherige Besprechung im Verein gewünscht. Hr. Direktor Hahne entgegnete, daß ja die Vorschriften nicht vom grünen Tisch aus gemacht würden und daß jedes einzelne Vorstandsmitglied als Fabrikant selber darauf bedacht sei, Unmögliches fern zu halten; gern griff er jedoch die Anregung auf und versprach für die Ueberlendung des Entwurfs zu sorgen, falls ein bezüglicher Antrag gestellt werde. Hr. Direktor Krüger-Stöbnitz brachte diesen Antrag ein, der auch angenommen wurde. Man erörterte dabei, daß auch der braunschweigische Verein ein gleiches Verlangen bekannt gegeben hat. — Auf die Frage, welche Kalköfen die geeignetsten für die Kohlensäuregewinnung seien, empfahl Hr. Direktor Riedel die Schachtöfen gegenüber den neueren französischen, sog. gasfeuerlückenen Oefen. Die nächste Frage, welche Erfahrungen sind mit dem Leplay'schen Osmoseverfahren gemacht? wurde durch Hrn. Dr. v. Lippmann-Kosik beantwortet. Ueber Ersparnisse in Bezug auf Dampf-Erzeugung und -Verwendung sprach Hr. Fabrikant Rasmus aus Magdeburg, der sich namentlich auf seine Wahrnehmungen in der Fabrik Schwittersdorf berief. Es handelt sich dabei um eine bessere Anlage der Verdampf- und Anwärmestation. In Schwittersdorf hat sich eine Kohlenersparniß von mehr als 30 Proz. ergeben, sodaß die Rosie um 10 Zoll haben verkleinert werden müssen. Die Vortheile, bemerkt Hr. Rasmus, seien so in die Augen springend, daß man sich zu der Aenderung jener Anlage namentlich da entschließen müsse, wo das Heizmaterial theuer sei. Bereits mit 14 Fabriken habe er Verträge über Abänderung der Verdampfapparate abgeschlossen. Hr. Direktor Riedel sprach seine lebhafte Zustimmung zu dem Gehörten aus; die neueingerichteten Fabriken hätten nur triple oder quadruple effet. Wer noch double effet habe, dessen Pflicht sei es, mindestens sich einen triple effet zu schaffen. Viel Geld hätte erspart werden können, wenn dies schon früher beachtet worden wäre. Der Vorsitzende, Hr. Knauer, bat bei dieser Gelegenheit die Herren, statt von double und triple effet künftig lieber von einem ein-, zwei- und dreifachen Verdampfapparat zu sprechen. Die nächste Frage: „Sind in diesem Jahre dauernd höhere Verluste als sonst bei den Schnitzeln beobachtet worden?" wurde auf die Rüben in den Mieten ausgedehnt. Es kam zu einer lebhaften Besprechung über die Wirkung der Phosphorsäure auf die Rüben. Von einem Mitgliede wurde darüber geklagt, daß, da die Rüben nach der Polarisation gekauft werden und in dieser Hinsicht kein Unterschied bestehe, ob Phosphorsäure angewendet sei oder nicht, einzelne Landwirthe sich der Phosphorsäure enthalten hätten, was auf die Bearbeitung der Rüben sehr ungünstig einwirke. Auch von andern Seiten wurde das günstige Verhalten der Phosphorsäure anerkannt. Der anwesende Hr. Prof. Märcker versprach in dieser Hinsicht weitere Beobachtungen. Der Vorsitzende faßte die Verhandlungen über diesen Punkt dahin zusammen, daß die Anwendung der Phosphorsäure für die Fabrikation einen ausgezeichneten Erfolg habe und mindestens in dem Verhältniß von 1:1 dem Stickstoff gegenüber vor sich gehen sollte. Eine andere Frage bezog sich auf die Erwägung, welche Vortheile die Arbeit mit schwefliger Säure gegenüber der Knochenkohle habe? Es ergab sich, daß die Vorzüge der schwefligen Säure weniger in ihr selbst als in dem Wegfall der Filtration über Knochenkohle und dem dadurch verursachten Zwang der sorgfältigeren Arbeit zu suchen sind. Daneben hat sich aber auch die schweflige Säure durch ihre konservirende und entfärbende Wirkung nützlich erwiesen. Im Anschluß an diese Erörterung wurde auf die in den Handel gebrachte flüssige schweflige Säure aufmerksam gemacht, der auch gewisse Vorzüge nachgerühmt werden. — In der Ende Februar stattfindenden nächsten Sitzung wird sich der Verein jedenfalls mit dem Entwurf der Unfallverhütungsvorschriften zu befassen haben.

---

## Gerichtsverhandlungen.

* Halle, 14. Jan. Sitzung des Schwurgerichts vom 13. Jan. Gerichtshof: Hr. Landgerichtsdirektor Meydam, Vorsitzender; Herren Landrichter Kaufmann und Dr. Weißbein, Beisitzer. Die kgl. Staatsanwaltschaft war vertreten durch Hrn. Staatsanwalt König. Gerichtsschreiber: Hr. Referendar Forke. Als Geschworene wurden ausgelost die Herren: Oberamtmann Karl Wentzel-Oberteutschenthal; Landwirth Ferd. Thiele-Löbnitz a. G.; Gutsbes. Franz Zschäge-Peicha; Rentner Bruno Naumann-Delitzsch; Rittergutsbes. Paul Boeck-Gutenberg; Amtmann Karl Beyling-Passendorf; Buchhändler Jul. Fricke-Halle; Gutsbes. Louis Schturck-Hohen; Gutsbes. Friedrich Schönbrodt-Zöberitz; Gutsbes. Gustav Wesche-Rammitz; Gutsbesitzer Ludwig Wendsdorf-Rölewitz-Zscherritz; Gutsbes. Alb. Engeling-Unterrißdorf. — Mord, vorsätzliche und nach vorhergegangener Ueberlegung erfolgte rechtswidrige Tödtung eines Menschen, Verbrechen gegen § 211 R.-Str.-G.-B., stand in der Sache wider die unverehel. Dienstmagd Therese Bernhardt aus Bruckdorf bei Halle zur Verhandlung. Die Angeklagte, noch nicht 20 Jahre alt, aus Stickelsdorf bei Meiseburg gebürtig, bisher noch nicht bestraft, machte mit ihrer äußern naiven Erscheinung und durch tiefe Niedergeschlagenheit wie beschämendes Benehmen einen gewinnenden Eindruck. Ihre Eltern sind rechtschaffene, wenig bemittelte Handarbeitersleute; die Mutter ist seit Jahren taub. Das schwere Verbrechen, welches der jungen Angeklagten zur Last gelegt wurde, bestand darin, daß sie ein Kind ums Leben gebracht und zwar ihr eigenes, außerehelich ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870115020/fragment/page=0003

borenes, als dasselbe 8 Tage alt gewesen; die Tödtung aber sollte vorsätzlich und mit Ueberlegung ausgeführt sein. Was der Angeklagte darüber aussagte, war, die schon oft dagewesene Geschichte von Liebe, Fehltritt, Folgen davon und thatsächlich Verbrechen zur Beleitigung derselben. Sie hatte in Gerichsham bei Leipzig gedient und dort ein Verhältniß mit dem Sohne ihrer Dienstherrschaft angeknüpft. In ihrem Zustande suchte und fand das Mädchen Aufnahme in der Entbindungsanstalt zu Leipzig, wo sie am 8. Nov. v. J. eines Knabens genas. Von alledem hatte sie ihre Eltern brieflich in Kenntniß gesetzt und um Sachen und Wäsche für das Neugeborene gebeten, welche Bitte die Schwester der Angeklagten erfüllte, jedoch mit der brieflichen Bemerkung, daß ihre Mutter das Kind nicht behalten würde und dasselbe also nicht in ihr Haus gebracht werden solle. Am 21. Nov. wurde die Bernhardt aus der Anstalt in Leipzig entlassen und fuhr nun mit ihrem wohlverwahrten Kinde bis Dieskau, wo sie den Zug verließ, um nach ihrem Heimathsorte zu gehen. Am Dorfe Canena vorüberkommend, wo ein Schachtteich (verlassener, wassergefüllter Schacht) sich befand, da wäre ihr in ihrer Verzweiflung, weil sie nicht gewußt, wohin mit dem Kinde, der Gedanke gekommen, dasselbe zu tödten. Bei dieser Aussage angekommen, stockte die Angeklagte zunächst auf weitere Fragen des Hrn. Vorsitzenden, bis sie dann fortfuhr, daß sie zum Teiche ein wenig ab von der Straße habe gehen müssen, das Kind erst entkleidet und dann nach in das Wasser geworfen habe, nicht achtend auf das Schreien des kleinen Wesens beim Entkleiden desselben; nach dem Hineinwerfen sei es still gewesen. Von ihrem Vater bei ihrem Eintreffen zu Hause nach dem Verbleib des Kindes befragt, hat sie erklärt, es wäre in Leipzig gestorben und die Aerzte hätten es behalten, um es im Spritus aufzubewahren. Ihre Schwester habe darauf gesagt: „Es ist gut, daß es todt ist.“ Kurz nach dieser Erzählung, die sie ihren Angehörigen ruhig mitgetheilt, ist die Angeklagte in heftiges Weinen und Schluchzen ausgebrochen, was die Eltern der Trauer um den Tod des Kindes zugeschrieben. Früher hatte sie insofern anders ausgesagt, daß sie die Absicht gehabt, ihr Kind zu tödten und nach der Tödtung sich um nichts weiter bekümmert habe. Ihr einstiger Geliebter hat bestritten sie verführt zu haben. Die Sache ist bald darauf bedurch an den Tag gekommen, daß Frauen aus Zwintschöna dem Mädchen mit dem Kinde begegnet waren und nachher die Thatsache bekannt geworden, daß sie kein solches mit nach Hause gebracht. Das führte nach Auffindung der kleinen Leiche am 4. Dez. zur Verhaftung der Bernhardt und zur Erhebung gegenwärtiger Anklage. Vater und Schwester der Angeklagten liefen sich vernehmen, während die ebenfalls als Zeugin geladene Mutter wegen Taubheit nicht vernehmbar war. Die Zeugen bekundeten den Sachverhalt wie angegeben; der Vater erklärte auf Befragen seine Tochter Therese als ordentliches Mädchen, auf das er große Stücke gehalten; nur habe das Mädchen sich immer sehr sauber und gut gekleidet, was ihm nicht aufgefallen. Der Vater sprach aber hierdurch ebenfalls, obwohl unbewußt, ein Lob seiner Tochter aus, wie der Hr. Vorsitzende rühmend bemerkte und weiter erklärte dann der Vater, daß seine Tochter zuhause nicht etwa hinausgeworfen worden wäre, wenn sie auch das Kind mitgebracht haben würde. Die beiden Sachverständigen, Hr. Sanitätsrath Dr. Rifel und Hr. Kreisthierarzt Dr. med. Strube hier, gaben übereinstimmend ihr Gutachten dahin ab, daß das Kind an Erstickung zu Grunde gegangen und die Erstickung durch Eindringen von Wasser in die Luftröhre herbeigeführt worden. Als einzige Frage bezüglich der Schuld der Angeklagten war folgende gestellt: „Ist die zc. Bernhardt schuldig, am 21. Nov. v. J. bei Canena vorsätzlich ihr am 8. Nov. geborenes außereheliches Kind getödtet und diese Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben?“ Die kgl. Staatsanwaltschaft erörterte den Fall in entsprechender Ausführung und kam zu der Erklärung, in der traurigen Lage zu sein, Mord annehmen zu müssen. Die Angeklagte habe nicht im Affekt gehandelt, sondern bewußt, mit Ueberlegung ihren Vorsatz, ihr Kind zu tödten, ausgeführt, worauf das Entkleiden desselben und Nachdenchten seines Schreiens schließen lasse. Der Vertheidiger, Hr. Rechtsanwalt Voigt, richtete nach dem Geständniß der Angeklagten betreffs deren Vorsatzes zur Tödtung seine Ausführungen lediglich dahin, das Vorhandensein der klaren, reiflichen Ueberlegung bei der Angeklagten während der That zu widerlegen, da der ganze Sachverhalt auf außerordentliche Erregung deute, in der sich das verführte Mädchen seit Entlassung aus dem leipziger Institut befunden; danach bitte er die That zu beurtheilen. Nach 20 Minuten Berathung erfolgte der Wahrspruch der Geschworenen mit Bejahung der Schuldfrage, jedoch mit dem Zusatze: „aber es ist nicht erwiesen, daß die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt worden.“ Mit sichtbar ruhiger Haltung und treffter Niedergeschlagenheit hörte die Angeklagte die Verkündung dieses Spruches an, sank aber fassungslos unter heftigen Weinen und Schluchzen auf ihren Satz, als der Strafantrag der kgl. Staatsanwaltschaft auf 8 Jahre Zuchthaus lautete. Des laute Jammern der Bedauernswerthen verfehlte seinen Eindruck auf die zahlreichen Zuhörer nicht. Unter lautloser Stille, nur unterbrochen durch das Schluchzen der Angeklagten, erfolgte die Verkündigung des bereits mitgetheilten Urtheils: 5 Jahre Zuchthaus wegen Todtschlags, d. i. vorsätzliche, aber nicht mit Ueberlegung ausgeführte Tödtung eines Menschen. Das Verbrechen habe nahe an Mord gestreift. Der Angeklagten wurde noch vom Hrn. Vorsitzenden erklärt, sie sei noch jung und habe Zeit, ihre That durch Reue zu sühnen. Dann wurde dem jammernden Mädchen gestattet, auf dem Flur von ihren Angehörigen Abschied zu nehmen, ein trauriger Schlußakt. — Harmloser Natur war die zweite Sache, in welcher gegen den Handelsmann Friedr. Stock aus Aschersleben wegen Urkundenfälschung verhandelt wurde. Der Angeklagte, zweimal wegen unbedeutender Diebstähle vorbestraft, aus Oeferode bei Ballenstedt gebürtig, 46 Jahre alt, war beschuldigt, „1886 im Inlande in rechtswidriger Absicht eine inländische öffentliche Urkunde, nämlich einen ihm für 1885 ertheilten Wandergewerbeschein und Gewerbeschein nebst Quittung der kgl. Kreiskasse zu Quedlinburg gefälscht und zum Zwecke der Täuschung davon Gebrauch gemacht zu haben, in der Absicht, sich einen Vermögensvortheil zu verschaffen.“ Die angedeutete Fälschung hatte Stock, anscheinend etwas beschränkten Verstandes, in ziemlich dummer Weise vollführt, sodaß die vorgenommenen Aenderungen auf den ersten Blick zu erkennen waren. Seinen Wandergewerbeschein, der auf Hausirhandel mit Grünkramen, Obst, Wurst und Semmeln für das Jahr 1885 unterm 13. Dez. 1884 ausgestellt worden, hatte er nämlich für 1886 auch noch brauchen, aber die Gewerbesteuer dafür nicht zahlen wollen und so war er einfach daran gegangen, das Datum von 1884 in 1885 und 1885 in 1886, sowie „Januar 1885“ in „Dezember 1885“ umzuändern, hatte dabei jedoch vergessen, auch das Quittungsdatum entsprechend zu ändern, sodaß nun doch die Quittung nur für 1885 lautete. Die Radirungen und Aenderungen, welche zu deutlich ausgefallen, als daß sie zu übersehen waren, wurden dem Angeklagten vorgehalten und derselbe gestragt, worum er die Fälschung vorgenommen, worauf er nur erwiderte: „Aus gar nichts.“ Entdeckt wurde die Fälschung am 31. Mai v. J. durch den Amtsdiener zu Sylbe, der Stock beim Hausirhandel mit Grünwaaren betroffen und gewußt hatte, daß derselbe seinen Gewerbeschein dazu gelöst. Die Schuldfrage wurde nach der Anklage und einer Frage nach mildernden Umständen gestellt, auf Antrag des Vertheidigers, Hrn. Rechtsanwalt Wipp zumann, noch eine andere Schuldfrage, dahin lautend, „ob St. schuldig, Legitimationspapiere gefälscht zu haben, um Behörden oder Privatpersonen zum Zweck seines besseren Fortkommens zu täuschen.“ Während nämlich die Urkundenfälschung ein Verbrechen gegen § 268 Str.-G.-B. darstellt, ist der Thatbestand der letzteren Frage nur Uebertretung gegen § 363 Str.-G.-B., die nur mit Geld- bezw. Haftstrafe belegt wird, das Verbrechen hingegen mit Zuchthaus beziehungsweise Gefängniß. Die königliche Staatsanwaltschaft erklärt den Sachverhalt als sehr einfach, daß der Wandergewerbeschein durchaus als öffentliche Urkunde zu betrachten. Mildernde Umstände aber seien genugsam vorhanden, indem der Fall an sich äußerst geringfügig. Der Hr. Vertheidiger verlockte aber doch, jenen Schein als Legitimationspapier hinzustellen, da bei Urkundenfälschung ein Vergehen vorliege, das in die Rechtssphäre eines Dritten eingreife, um einen Vermögensvortheil zu erlangen. Dies treffe im vorliegenden Falle aber nicht zu, indem der Angeklagte die Aenderung nur zum Zwecke besseren Fortkommens bewirkt habe, aber niemand schädigen wollte, noch geschädigt habe; er wollte nur sein Gewerbe fortsetzen, das ihm auf das vorherige Jahr ertheilt worden. Nun hätte aber der Angeklagte die Erneuerung des Wandergewerbescheins gar nicht nötig gehabt, da er nur mit Grünkram an fraglichem Tage gehandelt und zum Handel mit derselben sowie mit rohen oder selbstgewonnenen Erzeugnissen des Land- und Forstwirthschaft, des Garten- und Obstbaues kein Gewerbeschein erforderlich. Es erfolgte hierauf durch die kgl. Staatsanwaltschaft eine Widerlegung jener Ansicht dahin gehend, daß allerdings bei dem gefälschten Scheine das Interesse, die Rechtssphäre eines Dritten in Frage komme, nämlich das fiskalische Interesse, da der Staat durch Steuerhinterziehung geschädigt worden, was wiederum die Verthedigung bestritt. Die Verurtheilung der Geschworenen war kurz und endete mit Bejahung der Hauptschuldfrage und der mildernden Umstände. Die kgl. Staatsanwaltschaft beantragte den Minimalsatz für die Urkunde: Fälschung: 3 Monate Gefängniß, wonach der Gerichtshof erkannte und auf Bitte des Vertheidigers der Angeklagten vorläufig aus der Haft entließ. — Verhandlungen zu Sonnabend, 15. Jan., wider den Dienstknecht Gottfried Schadi und die Arbeiter Johann Schürpka, August Kubitza und Christian Kubitza, sämmtlich aus Netschkau, wegen Landfriedensbruch.

## Waaren- und Produktenberichte.

### Zucker.

#### Magdeburger Börse.

| | 12. Jan. | | 13. Jan. | |
|---|---|---|---|---|
| Grannulirter | — | Pr. | — | M. |
| Krystallzucker I. | — | — | — | — |
| Krystallzucker II. | 23,00—23,30 | — | — | — |
| Kornzucker 96 % | 20,00—20,25 | — | 20,00—20,25 | — |
| Kornzucker 88 % | — | — | — | — |
| Korng. Rend. 88 % | 19,00—19,20 | — | 19,00—19,15 | — |
| Nachprod. 88-92 % | — | — | — | — |
| do. Rend. 75 % | 15,80—16,90 | — | 15,70—16,90 | — |

Tendenz am 13. Jan.: Stetig.

| | 12. Jan. | | 13. Jan. | |
|---|---|---|---|---|
| fein Brodraffinade | 26,00— | Pr. | 26,00— | M. |
| fein Brodraffinade | 25,75—26,00 | — | 25,75—26,00 | — |
| Brod- Melis I | — | — | — | — |
| Gem. Raffinade | 24,25—25,25 | — | 24,25—25,25 | — |
| Gem. Melis I. | —23,50 | — | 23,50— | — |

Tendenz am 13. Jan.: Ruhig.

Magdeburger Börse vom 13. Jan.

#### Rohzucker I. Produkt:

Transito f. a. B. Hamburg.

Januar —.—, 11,07½ bez., G., 11,10 Br.
Febr. —.—, —.— bez., 11,17½ G., 11,20 Br.
Februar-März —.— bez., —.— Br., —.— G.
März —.—, 11,35 bez., —.— Br., —.— G.
April-Mai 11,65 bez., 11,67½ Br., 11,62½ G.
Juni-Juli 11,85—11,87½ bez., —.— G., —.— Br.
August —.— bez., —.— G., —.— Br.
Tendenz: Sehr ruhig behauptet.

#### Die Notirungen der Kaufmannschaft.

* **Paris**, 13. Jan. (Kreiger.) Rohzucker 88° ruhig, loco 29,25 à —.— Weißer Zucker 7 ruhig, Nr. 3 per 100 kg pr. Jan. 33,50, pr. Febr. 33,75, pr. März-Juni 34,25, pr. Mai-Aug. 35,75.
* **London**, 13. Jan. (Kreiger.) Havannazucker Nr. 12 12½ nom. Rübenzucker 11½ fest g. Centrifugal Cuba —.
* **Antwerpen**, 12. Jan. (Kreiger.) Rübenzucker. Sofort 26,75 Frcs., Frcs., Nov. 27,25 bis —.— Frcs., Nov.-Dez. 27,75 Frcs. Jan.-März 28,50 bis —.— Frcs.
* **New-York**, 12. Jan. (Kreiger.) Fair refining Muscovadoes 4⅝ D.

#### Kaffee.

* **Hamburg**, 13. Jan. (Kreiger.) Kaffee fest, Umsatz 6,000 Sack.
* **Havre**, 13. Jan. Nm. 4 Uhr 30 Min. (Telegramm von Petmann, Ziegler & Co.) Kaffee. Good average Santos per Dez. Frcs. —.—, per Jan. 81,50, pr. Febr. 81,50, pr. März 81,75, pr. April 82,00, pr. Mai 82,25, pr. Juni 82,50, pr. Juli 82,75. Behauptet.
* **New-York**, 12. Jan. (Kreiger.) Kaffeezufuhr in Rio während der Woche 22,000, Europa 18,000 Sack, Vorrath 180,000. Unsichtbar nach den Vereinigten Staaten 55,000, do. nach dem Kontinent und nach der Elbe 96,000, do. nach dem Übrigen Europa 3,000, wirklich verkauft seit dem letzten Telegramm 72,000 Sack. Preis für good fair 67,00. Wechsel auf London 22½. Tendenz des Kaffeemarktes: Sehr fest.

#### Petroleum.

* **Berlin**, 13. Jan. (Amtl. Festst.) (Raffinirtes Standard white) per 100 kg m. Faß in Kosten von 100 Ctr. Term. fill. Gef. —Ctr. Kündigungspr. —.—. Loco 23,2. Durchschnittspr. —.—, per diesen Mon. 23,00 bis —.—, per April-Juni —.— bis —, per Juni-Febr. 22,9 bez., per Febr.-März —bis —, per März-April —.— bis —.— bez., per April-Mai —.— bis —.— bez.
* **Stettin**, 13. Jan. (Kreiger.) Petroleum loco versteuert, Usance 1½% Tara 11,40 M.
* **Bremen**, 13. Jan. (Kreiger.) (Schlußbericht.) Standard white loco 6,50 bez. Ruhig.
* **Hamburg**, 13. Jan. (Kreiger.) Matt. Standard white loco 6,65 Br., 6,60 Gd., pr. Jan. 6,60 Gd., pr. Aug.-Dez. 6,75 Gt.
* **Antwerpen**, 13. Jan. (Kreiger.) (Schlußbericht.) Raffinirt., Type weiß, loco 17½ bez., 17¼ Br., pr. Februar 16 bez., 16½ Br., pr. März 16½ bez., 16¾ Br., pr. April 17 bez., 17 Br. Ruhig.
* **New-York**, 12. Jan. (Kreiger.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 6⅞ Gd., do. do. in Philadelphia 6⅞ Gd., rohes Petroleum in New-York 6⅛, do. Pipe line Certificates — D. 71⅝ C.

#### Spiritus.

* **Berlin**, 13. Jan. (Amtl. Festst.) Spiritus pr. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10,000 Proz. Term. an, matt, schl. fester. Gef. —.— L. Kündigungspr. —.— bez. Durchschnittspr. —.— M. Loco ohne Faß 37,5 M., per diesen Mon. 37,1—37,2 bis 37,3, per Jan.-Febr. 37,1 bis 37,2 bis 37,3 bez., per Febr.-März —.— bez., per März-April —.— bis —.— bez., per April-Mai 38,2 bis 38,4 bis 38,3 bez., per Mai-Juni 38,5 bis 38,7 bis 38,6 bez., per Juni-Juli 39,4 bis 39,6 bis 39,5, pr. Juli-August 40,0 bis 40,2 bis 40,1 bez., per Aug.-Sept. 40,5 bis 40,6 bis 40,5 bezahlt. — Spiritus per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10,000 Proz. loco ohne Faß 37,2 bis 37,1 bez., ab Bahn 36,9 bis —.— bez.
* **Magdeburg**, 13. Jan. Kartoffelspiritus für 10,000 Liter-Proz. loco ohne Faß 37,10—37,40. Die Notirungen der Kaufmannschaft.
* **Magdeburg**, 13. Jan. (Hermann Walther.) Kartoffelspiritus feinst. Loco ohne Faß 37,10 bis 37,40. Ab Speicher unter freier Verwaltung der Gebinde 36,50 Gd.
* **Leipzig**, 13. Jan. Per 10,000 Lit.-Proz. ohne Faß loco 37,55 Gd. Matter.
* **Posen**, 13. Jan. (Kreiger.) Loco ohne Faß 34,70, pr. Jan. 34,80 pr. Febr. 35,10, pr. April-Mai 36,30, pr. Juni —.— Gef. 30,000 L. Matt.
* **Breslau**, 13. Jan. (Kreiger.) Pr. 100 Lit. 100 Proz. pr. Jan. 35,40 pr. April-Mai 36,60, pr. Mai-Juni —.—.
* **Hamburg**, 13. Jan. (Kreiger.) Still, pr. Jan. 25⅛ Br., pr. April-Mai 26⅛ Br., pr. Mai-Juni 26⅛ Br., pr. Juli-Aug. 26⅞ Br.
* **Stettin**, 13. Jan. (Kreiger.) Unverändert, loco 10,00, pr. Jan. 36,30, pr. März-April 37,40, pr. April-Mai 37,70, pr. Juni-Juli 38,50.
* **Berlin**, 12. Jan. (Kreiger.) Behauptet, pr. Jan. 40,25, pr. Febr. 40,75, pr. März-April 41,50, pr. Mai-Aug. 42,75.

#### Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Berlin**, 13. Jan. (Amtl. Festst.) Oelsaaten pr. 100 kg. Gesund. — Ctr. Winterraps — M., Sommerraps —.— M., Winterrübsen —.— M., Sommerrübsen — M. — Rüböl pr. 100 kg ohne Faß. Termine still. Gefündigt 6.00 Zentner. Kündigungspreis 46.00 M. Loco mit Faß —.— M. ohne Faß 44.2. Durchschnittspr. —.—, per diesen Monat 45.9 bis —.— per Dez.-Jan. —.— bis —.—, per Nov.-Dez. —.— bis —.—, per Okt.-Nov. —.— bez., per April-Mai 46.5 bis —.—, per Mai-Juni 46.7 bis 46.8. Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —.

* **Leipzig**, 13. Jan. Rüböl per 100 kg netto loco M. 46.00 bez., 45.75 Br., gefordert 45.50 Br. Fest. — Raps per 1000 kg netto loco trockene Waare —.— bez., frischer —.— bez., — Rapskuchen 11.50 bis 12 bez. n. Gr.
* **Stettin**, 13. Jan. (Kreiger.) Rüböl unverändert, pr. Jan. —.— M., pr. April-Mai 46.50 M.
* **Köln**, 13. Jan. (Kreiger.) Rüböl loco —.—, 24,60, pr. Nov. —.—, pr. Okt. —.— M., pr. Mai 24,20.
* **Breslau**, 13. Jan. (Kreiger.) Rüböl pr. Jan. 46,00 M., pr. April-Mai 46,50 M.
* **Hamburg**, 13. Jan. (Kreiger.) Rüböl fest, loco 43.
* **Paris**, 13. Jan. (Kreiger.) Rüböl behauptet, pr. Jan. 56,50, pr. Febr. 56,50, pr. März-Juni 56,50, pr. Mai-Aug. 56,75.
* **New-York**, 12. Jan. (Kreiger.) Schmalz (Wilcox) 7,00, do. Fairbanks 7,00, do. Hofe & Brockers 7,00.

#### Chemische Produkte. Düngemittel 2c.

* **London**, 12. Jan. Salpeter, 5% disp. 17 h., 6 d., raff. — h. — d. Mitnahme 9 h. 4½ d. bis 9 h. 6 d.

## Berliner Börse vom 13. Januar.

| Deutsche und ausländische Fonds- u. Staatspapiere. | | | | | Preußische Fonds- u. Staatspapiere. | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 4% Deutsche Reichsanl. | 106,50 | G | | | 3½ Oberschl. E. gr. | — | | |
| 3½% do. do. | 103,80 | bz | | | 4 Oberschl. 67er Stk. II. gr. | — | | |
| 4% Preuß. Consols Ctl. Anl. | 106,40 | bz | | | 4 do. Ger.-B. 73 | — | | |
| 4% do. do. | 101,90 | G | | | 4½ do. do. v. 79 | 106,90 | bz | |
| 3½% Staats-Sch.-Sch. | 100,50 | bz | | | 4 do. do. v. 80 | 102,60 | G | |
| 4% Pr.-Anleihe 1855 | 148,50 | G | | | 4 Rechte Oder-Ufer | — | | |
| 4½% Kölln. Centr.-Pfdbr. | 101,40 | bz | | | 4 Münsterger VI. | — | | |
| 4% do. do. | 99,50 | bz | | | 4 Bromberg. Prov. Gold | 100,75 | bz | |
| 3½% Sächs. Rentenbr. | 104,30 | G | | | 5 Posen-Bodenk. II. | 94,40 | G | |
| 3½% Preuß. Pfdbr. I. ab. | 107,30 | bz | | | 5 do. III. | 100,00 | G | |
| 3½% do. do. II. ab. | 104,30 | bz | | | 4½ Gal. Kart.-Eisenb. | 80,90 | B | |
| 3½% do. III. rzb. à 110 | 97,30 | bz | | | 5 Ostpreuß.-Oberberg | 124,50 | bz | |
| 3½% do. IV. rzb. à 110 | 97,10 | bz | | | 5 do. Gold | 109,20 | bz | |
| 3½% do. V. do. | 98,10 | bz | | | 4 Pomp.-Germania Pr.-St. | 74,40 | B | |
| 5% Pr. Ctrl.-Pfdbr. 110 | 112,10 | bz | | | 5 Ostpr. Pr. St. alte | 105,50 | G | |
| 4% do. do. 100 | 103,30 | G | | | 3 do. 1874 | 88,50 | bz | |
| Pr. Hyp. Akt.-B. VI. | 110,75 | bz | | | 3 do. Ermäßigung | 86,25 | G | |
| do. VII. | — | | | | 4 do. Goldprior. | 101,60 | G | |
| do. div. Ser. 100 | 101,60 | G | | | 5 Oesterr. Nordwestb. | 85,90 | B | |
| Stadt. Boden-Kredit | 105,40 | G | | | 5 Schles. Bahn (Lind.) | 320,50 | bz | |
| 4% S. Sp.-B. Pfd. (Berlin) | 102,26 | G | | | 5 do. Stk. | 104,40 | bz | |
| 4% do. do. (Meiningen) | 101,50 | G | | | 5 Ungarische Nordostb. | 99,25 | B | |
| Russ. Boden-Kredit | 95,00 | bz | | | 5 do. Gold | 102,20 | bz | |
| do. Centr.-Bd.-Pf. | 86,60 | B | | | 5 do. Ostbahn I. Em. | 80,50 | bz | |
| 6% Rem.-Ingk. Stadt-Anl. | 133,25 | bz | | | 5 do. do. II. Em. | 102,40 | bz | |
| Oest. Papier-Rente | — | | | | 5 Charlow-Asow | 100,50 | B | |
| do. Silber-Rente | 67,30 | bz | | | 4½ Ungarn.-Kombrb. | 94,70 | G | |
| 4% do. Gold-Rente | 91,60 | bz | | | 5 Italienische Prorente | 99,00 | bz | |
| 5% Ungar. Papier-Rente | 74,80 | bz | | | 5 Kursk-Kiew | 102,50 | bz | |
| 4% Ungar. Gold-Rente | 83,00 | bz | | | 4 Moskau-Jaslau | 95,75 | G | |
| Italienische Rente | 99,90 | G | | | 5 do. Smolensk | 104,25 | bz | |
| 5% Rumänier | 102,90 | bz | | | 5 Rjäsan-Koslow | 94,60 | bz | |
| Russ.-Engl. 1872 | 96,25 | bz | | | 4 Russ. Nikolai-Eisb. | 86,20 | bz | |
| 5% Russ. Anl. 1877 | 99,30 | bz | | | 5 Schuja-Ivanowo | 99,70 | B | |
| 4% do. 1880 | 83,40 | bz | | | 5 Südwestbahn | 82,40 | bz | |
| 5% do. 1884 | 96,40 | B | | | 5 Warschau-Wien IV. | 105,60 | bz | |
| 5% do. Orient-Anl. II. | 56,20 | bz | | | 5 do. V. | 102,60 | bz | |
| 5% do. III. | 58,90 | bz | | | 3 Gr. Russ. Staatsb.-Obl. | — | | |
| Russ. Gold-Rente 1883 | 100,60 | bz | | | Transkaukasische Eis.-Obl. | 66,90 | B | |

| Inländische Fonds- und Eisenbahn-Stammaktien. | | | | | Bank- und Industrie-Aktien. | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht | 58,25 | B | | | Aachen Disconto | 119,00 | bz | |
| Berlin-Dresden | 20,60 | bz | | | Berliner Handels-Ges. | 159,50 | bz | |
| Brest.-Schw.-Freib. | — | | | | Darmstädter Bank | 129,50 | B | |
| Bunzlau-Haynau | 84,70 | B | | | Disconto-Commandit | 206,10 | bz | |
| Gottharbahn | 98,90 | B | | | Deutsche Bank | 156,50 | bz | |
| Kronpr. Rudolfbahn | 76,75 | B | | | do. Genossenschaftsbank | 134,00 | B | |
| Mainz-Ludwigshafen | 94,30 | bz | | | do. Hyp.-B. (Berlin) 60% | 100,00 | bz | |
| Marienburg-Mlawka | 41,80 | bz | | | do. do. (Meiningen) 40% | 96,75 | G | |
| Ostbahn | 130,60 | bz | | | Dresdener Bank | 126,80 | bz | |
| Rechte Oder-Ufer abgest. | 34,50 | B | | | Leipziger Kredit-Anstalt | 170,75 | bz | |
| Oppeln. Südbahn | 67,60 | B | | | Magdeb. Privatbank | 113,60 | G | |
| Reichsb.-Moreianer (gar.) | 98,10 | bz | | | Mitteldeutsche Kred.-Bank | 97,50 | bz | |
| Russische Südwestbahn | 62,50 | B | | | Oesterr. Kredit-Anstalt | 183,00 | G | |
| Berlin-Dresden | 53,00 | bz | | | Reichsbank | 149,20 | B | |
| Kursend.-Mlawka | 133,90 | B | | | Sächsische Bank | 129,00 | G | |
| Ostpr. Südbahn | 104,00 | bz | | | Schles. Bank-Verein | 106,80 | G | |
| Sandbahn | 94,50 | bz | | | Thüringer Papierfabrik | 64,00 | G | |
| Weimar-Gera | 56,25 | bz | | | Admiralsgartenbad-Akt. | 114,50 | G | |
| Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Anleihen. | | | | | Grüttwerker Papierfabrik | 193,00 | bz | |
| Verschiedene 4% Prior. | 101,50 | G | | | Deutscher Gas | 188,40 | B | |
| do. 3½% Kommiss. | — | | | | Hallesche Maschinen | 201,00 | bz | |
| 3½ Ostp.-Mark. III. | 100,70 | B | | | Lauchhammer | 88,60 | B | |
| 4 do. IV. | — | | | | Phönix-Bergwerk Akt. A. | 79,30 | B | |
| 4 do. V. | 102,60 | bz | | | do. B. | 78,75 | B | |
| 4 do. VII. | 102,60 | bz | | | Dortmunder Union | 22,00 | G | |
| 4 do. VIII. | 103,30 | B | | | Bochumer Gußstahl | 123,50 | B | |
| 4 do. IX. | 102,70 | bz | | | Harb. Hütten-A. Lanis | 49,00 | bz | |
| 4 do. Nordbahn | 102,50 | G | | | Königsberger Zucker | — | | |
| Berlin-Anhalt | 102,75 | B | | | Berlin-Frankf. Gummi | 100,25 | G | |
| 4½ Berlin-Dresden gr. | 103,25 | bz | | | Schles.-Alt. Dr.-S. St.-A. | 154,00 | B | |
| 4 Berl.-Hamb. III. Em. | 102,40 | bz | | | do. St.-Prior. | — | | |
| 4½ Brl.-Hbb.-Mgd. D. | 100,40 | B | | | Sächs. Kattun (Hartmann) | 116,00 | B | |
| 4 Berlin-Stettin gar. | — | | | | do. Stickmaschinen | 107,00 | G | |
| 4½ Braunschw. Eisenb. | 107,00 | B | | | Zeitzer Maschinen | 229,00 | bz | |
| 4 Brsl.-Schw.-Frb. G. | — | | | | | | | |
| 4 do. H. | 102,40 | bz | | | | | | |
| 4 do. I. | — | | | | | | | |
| 4 Köln-Minden IV. | 102,60 | bz | | | | | | |
| 4 do. VI. | 102,60 | G | | | | | | |
| 4 do. VII. | 102,90 | B | | | | | | |
| 4 Halle-Sorr. b. St. g. | — | | | | | | | |
| 4 Magd.-Halberst. 1865 | 102,50 | bz | | | | | | |
| 4 do. 1873 | 102,50 | G | | | | | | |
| 4 do. Leipzig A. | 102,50 | B | | | | | | |
| 4 do. do. B. | 102,80 | B | | | | | | |
| 4 do. Wittenberge | 98,00 | B | | | | | | |
| 4 Mainz-Ludw. g. St. | — | | | | | | | |
| 4 do. 1873 Lud. | 102,70 | bz | | | | | | |
| 4 do. 1874 | 102,25 | G | | | | | | |
| 4 Niederschl.-Märk. I. | 102,50 | G | | | | | | |

## Leipziger Börse vom 13. Januar.

| Zl. | Kgl. Sächs. Anl. | Nr. | | | Zl. | Kgl. Sächs. Anl. | Thlr. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 3 | Renten-Anl. | 1000 | 92,90 | B | 3 | Staatsanl. 67 ab 5% | 500 | 104,80 G |
| 3 | do. | 1000 | 92,90 | B | 3½ | Landentlehn. | — | 99,75 G |
| 3 | do. | 500 | 93,20 | bz B | 4½ | Kamel. Gew. 1863 | — | 101,50 G |
| 3 | do. | 500 | 93,20 | bz B | 4½ | do. 1870 | — | 105,00 B |
| | | Thlr. | | | 4 | do. 1871 | — | 104,00 G |
| 3 | Staatsanl. 1855 | 100 | 97,50 | bz | 5 | do. Gm. 1873 | — | 104,50 G |
| 4 | do. 1847 | 100 | 101,75 | G | 4½ | Stadt-Anleihe 1884 | — | 106,20 B |
| 4 | do. 1870 | 100 | 106,00 | G | 4½ | do. 1876 | — | 106,50 G |
| 4 | do. 1870 | 50 | 105,00 | bz | 5½ | Alte Landk.-Obl. | — | 102,25 bz |
| | | | | | 6 | do. do. | — | 104,50 G |

| Div. | Eisenb.-St.-Akt. | | | Div. | Bank- u. Industr.-Akt. | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 8,96 | Altenburg-Zeitz | 188,00 | B | 5½ | Halleische Straßen-B. | 129,50 | bz B |
| 5½ | Russisch-Zopilz | 278,75 | G | 13 | Lpz. Kredit. Schtrub. | 300,00 | B |
| 5½ | Böhm. Nordbahn (5% g. | 112,00 | G | 8 | Lpz. Gedges. f. Bdg. | 138,25 | G |
| 7,62 | Buschtiehrad. Akt. A. | 123,00 | G | — | do. do. (junge) | — | |
| 4½ | do. do. B. | 84,75 | bz B | 8 | do. Stamm-Pr. | 151,00 | G |
| 7½ | Dux-Bodenbach | 138,00 | B | 5 | Porte-Elbf.-Ges. Akt. | 87,50 | B |
| 5½ | Franz-Jos.-B. (5% ab | 89,50 | G | 16 | Zuckerraffinerie Halle | 138,00 | G |
| | Elbe-St.-Ges.-B. | | | 15 | G.-Thür. Ges.-B. Akt. | 161,00 | G |
| 8 | Kittenberg-Zeitz | 179,00 | B | 15 | do. St.-Prior. | 160,00 | B |
| 7½ | Dux-Bodenb. Akt. A. | 133,00 | B | | Ausl. St.-P.-Obl. | | |
| 7½ | do. do. B. | 133,00 | B | % | | | |
| | Bank- u. Cred.-Akt. | | | 4 | Russ.-Teplitzer | 102,90 | G |
| 9 | Allg. D. Cr.-A. Lpz. | 170,00 | G | 5 | Böhm. Nordbahn | 89,75 | G |
| 7½ | Dresdener Bank | 133,60 | B | 5 | do. do. Gold | 100,60 | bz B |
| 6½ | Leipziger Bank | 135,00 | G | 5 | Buschtiehr. (in Rbm.) | 93,50 | bz B |
| 6½ | do. Hypo.-Verein | 120,00 | G | 5 | do. do. 1871 | 85,50 | bz B |
| 5½ | do. Disk.-Gesellsch. | 102,00 | G | 5 | do. do. 1872 | 85,50 | bz B |
| 5½ | Sächs. Bank | 118,75 | G | 4½ | do. do. Gold | 104,40 | bz B |
| 6 | Weimar. Bank, neue | 65,40 | B | 5 | Dux-Bodenbach | 86,00 | G |
| 7 | Zwickauer | 118,40 | G | 5 | do. Gm. 1873 | 85,00 | bz B |
| | Ind.-Akt., Ex- und Stamm-Aktien. | | | 5 | do. do. 1874 | 108,50 | G |
| 15 | Crüllen. Papierfabr. | 193,00 | G | 4½ | Graz-Köflacher | 80,50 | G |
| — | 5% do. Schuldverschr. | 104,00 | G | — | do. Gm. v. 1871 u. 73 | 82,30 | G |
| 5 | Nordseewerke-Aktien. | 90,00 | B | 5 | Kaschau-Oderberg | 81,50 | G |
| | | | | 4 | Pfälzer-Bay. Gold | 102,25 | G |
| | | | | 5 | do. Gold | 107,50 | G |
| | | | | 5 | Kursk-Charkow | 89,75 | G |

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870115020/fragment/page=0004